

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreigesaltene Pettzeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} .
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Zur Pfingstzeit

Wenn die Hecken blüh'n,
Wenn die Rosen glüh'n,
Wenn der Wein sich rankt um das
ländliche Haus,

Wenn aus heimlichen Ecken
Glutkelche sich recken,
Dann muß ich zum Tore hinaus.

Dann muß ich wohl geh'n,
Wo die Wälder steh'n,
Wo das Licht wie Gold durch die
Zweige fließt:

Unter Buchen und Eichen,
Wo in farbigen Zeichen
Ein freudiges Leben spricht.

Und ruh' ich im Moos,
Wie steht dann so groß
Aufragend zu meinen Häupten ein
Baum.

Es heben und neigen
Auf flüsternden Zweigen
Sich selig Gefieder und Flaum.

Und in dem Geäst
Sieht Nest mir bei Nest
Versteckt unter schattiger Krone
heraus.

Die Flügelschwinger,
Die Frühlingsbringer,
Sie fanden hier ein gastliches Haus.

Das schwirrt und das klingt!
Das jubelt und singt
Aus fröhlicher Kehle, aus sorglosem
Blut.

Vom Stamm bis zum Saume:
Im ganzen Baume
Ein Leben, ein freudiger Mut!

Ein einziger Sang:
Wir sind nimmer bang
Und fürchten nicht Wetter und
Ungemach.

Am frischen Stamme
Verzehrt sich die Flamme,
Und über uns wölbt sich ein Dach ...

Wenn die Hecken blüh'n,
Wenn die Rosen glüh'n,
Am Pfingsten muß ich zum Tore
hinaus!

Dann sieht Wald und Feld,
Dann sieht mir die Welt
So bunt und so fröhlich aus.

Dann ist's so mein Traum:
Ein gewaltiger Baum,
Der den Letzten auch hielte in Schild
und Hut.

Wenn sich Stürme entfachen:
Wo wir singen und lachen
Sorglos hinein in der Feinde Wut!

Ernst Preczang.

Das Fest der Apostel.

„Wie lieblich sind auf den Bergen die Füße der Boten, die da Frieden verkündigen, Gutes predigen, Heil verkündigen...“

So sagt in seiner poetischen Sprache der Prophet Jesais und apostrophiert damit die Apostel, die Agitatoren, die Christlichen natürlich, die hinausgingen in die Lande und häufig von den Bergen zu ihren Versammlungen sprachen, um der Menschheit die große Heilsbotschaft zu verkündigen.

Das ist schon lange, sehr lange her....

Aber Pfingsten erinnert daran; denn es ist das Fest der „Ausgießung des heiligen Geistes“, das Fest der Apostel, über die das große Wunder vom Himmel kam, so daß sie mit „feurigen Zungen“ redeten.

Wir würden heute sagen: sie waren von feuriger Begeisterung für ihre Idee, ihre Ideale erfüllt. Ja, sie waren es so sehr, daß die Zuhörer und Zuschauer sich fast verwunderten und sagten: „Sie sind des süßen Weines voll.“ Woraus zu ersehen, daß die Mehrzahl der Menschen schon immer schwerfällig gewesen ist, wenn es galt, eine neue Idee zu erfassen. Und wenn diese Idee von Enthusiasten mit flammenden Worten gepriesen wurde, dann lächelten immer die Nüchternen, die Kühlen und Kalten und sagten geringschätzig: „Nah, ein Raufsch! Nichts weiter!“ Und sie kamen sich außerordentlich klug und weise vor, weil an ihren harten Schädeln sich die neuen Ideen brachen wie Wasser an Felsen. Erinnern wir uns an das Schicksal so vieler hervorragenden Geister, die enthusiastisch neue Wahrheiten verkündeten und zunächst mit einem spöttischen Lächeln, einem gleichgültigen Achselzucken angehört wurden; erinnern wir uns der ersten Sozialisten und des Meeres von Hohn, das über sie ausgeschüttet wurde — und wir haben die Wahrheit auf der flachen Hand: der heilige Geist der Menschheits-erneuerung, Menschheitserhöhung ist für den Philister immer ein „Raufsch“. Das heißt doch Unklarheit, Verwirrung, Uebertreibung.

Vielleicht ist dies auch der Grund dafür, daß noch heute eine nicht allzu kleine Anzahl von Leuten sich einen Agitator der Arbeiterbewegung nur mit der Schnapsflasche in der Rocktasche vorstellen kann.

Das wäre nämlich ganz logisch: Der echte Philister ist nur dann begeistert, wenn er besoffen ist. Sonst bringt er eine erhöhte Stimmung nicht auf und kann sich deshalb auch keinen klarköpfigen Menschen vorstellen, der begeistert ist. Der beschränkte Mensch beurteilt alles nach seinen eigenen Gewohnheiten.

Glücklicherweise — wir haben sowohl im Christentum wie im Sozialismus die besten Tatsachenbeweise — zeigt sich mit der Zeit der Enthusiasmus der Apostel oder Agitatoren doch stärker als alle Nüchternheit und Kälte konservativer Seelen. Unter der Voraussetzung allerdings, daß die neue Idee sich auf eine ehernen Logik und auf tatsächlich vorhandene Entwicklungstendenzen stützt.

Da haben sich denn die Gegner aller Neuerungen tröstend gefagt: „In dieser Welt ist nichts so dumme — es findet doch sein Publikum.“ Das Wort ist ja richtig; gerade an unseren Gegnern können wir seine Wahrheit studieren. Aber es bleibt ein magerer Trost. Eine in sich unwahre oder verstiegene Idee, der es an den materiellen und geistigen Voraussetzungen mangelt, kann wohl ein Häuflein Anhänger, eine Sekte um sich sammeln, nie aber wird sie sich dauernd als eine große, anhaltend werbende, aufsteigende Massenbewegung bewähren.

Auch das Christentum wäre nicht zu jener starken Macht geworden, wenn es nicht in den Verhältnissen fundamementiert gewesen wäre. In seiner Art stellte es eben auch einen Fortschritt dar. Daß es heute anders ist, daß sich die staatliche Kirche als solche von der Pflege des Christentums, der unparteiischen Nächstenliebe usw., weit entfernt hat, beweist uns ja jeder Tag. Aus dem einstigen Fortschritt ist eine Hemmung geworden, wie aus jedem Fortschritt eine Hemmung wird, wenn er in sich selbst versteinert. Eine Idee, die ihre Form nicht ändern kann, sondern stets in den Eierschalen umherläuft, in denen sie ausgebrütet wurde, muß mit dem Verlauf der Jahrhunderte ins Hintertreffen geraten.

Kein Wunder deshalb, daß die begeistertsten Apostel, die feurigen Agitatoren des Christentums zur Sage geworden sind. Einer ist noch da: der Russe Tolstoi, der in der Rückkehr zum Christentum das einzige Heil der Welt sieht und der — konsequenterweise! — dafür aus der Kirche ausgeschlossen wurde!

Tolstoi, der begeisterte Prophet und geniale Dichter, ist ein Heilsverkündiger im Sinne der Jesaiasworte, die wir an die Spitze dieser Zeilen stellten. Aber

sein großes und starkes Wollen ist an der Tatsache gescheitert, daß er nicht nur Gutes, nicht nur Heil, sondern auch den Frieden verkündigte. Er hat es sehr ernst damit genommen und hat in den Wettern der stürmischen Revolution im Russenreiche als eine einsame Lerche das Lied des Friedens gesungen, während es um ihn her donnerte und bligte. Er hat das Volk, er hat aber auch die Herrschenden ermahnt und gemahnt. Er hat die Blut- und Eisenpolitik mit einfachen und klaren Worten verurteilt, während das Haupt der russischen Kirche, der Generalprokurator des heiligen Synods, Herr Pobjedonoszew, die infamste Hentferrolle spielte.

Tolstoi ist gescheitert, sagten wir, weil er den Frieden verkündigte. Er mußte scheitern — wir reden hier nur vom Agitator, nicht vom Dichter Tolstoi —, weil gewaltige Volksbewegungen sich nicht durch ethische Heilswahrheiten aufhalten lassen. Die Arbeiterbewegung sieht ja auch einen ihrer vornehmsten Zwecke in der Herbeiführung eines gesitteten, friedlichen Gesellschaftszustandes. Aber sie mußte sich selbst aufgeben, wollte sie jetzt den Frieden unter allen Umständen. Der Apostel der Neuzeit, der Agitator der Arbeiterschaft, dem das Wohl des Volkes am Herzen liegt, kann nicht den Frieden, er muß den Kampf verkündigen.

Denn im Kampfe liegt das Heil des Volkes. Die Verhältnisse fordern den Kampf, fordern ihn so unerbittlich, daß alle Friedensapostel unbeachtet beiseite geschoben werden.

Die Zeit der Friedensapostel ist vorüber. Denn die Zeit hat einen Koloss ausgebrütet, der nichts weiß von friedlicher Moral, ja, der jenseits von gut und böse steht, weil er einfach eine Erscheinung darstellt, die aus der Entwicklung der Dinge hervorgegangen ist und weder guten noch bösen Erwägungen sein Dasein verdankt. Wir meinen den Kapitalismus, der seine gewaltigen Arme über die ganze Erde ausstreckt, um Mehrwert zu erpressen, um Profit zu erjagen.

Die Menschen sind „Hände“, sind Werkzeuge und Nummern für ihn; als denkende, fühlende Geschöpfe kommen sie für ihn nur soweit in Betracht, wie seine Zwecke es verlangen. Als Eigenleben, als Individuen gelten sie ihm nichts, existieren sie nicht für ihn. Er fürchtet weder den Haß, noch sucht er die Liebe des Einzelnen.

Die „Hände“ gewinnen erst wieder Bedeutung für ihn, wenn sie sich zur Masse ballen, wenn ihm, dem Koloss Kapital, der Koloss Arbeit gegenübertritt; wenn er zu einer Macht vereinigt sieht, was er vereinzelt nicht beachtet.

Diese Wahrheit zu verbreiten ist die Aufgabe unserer Apostel, die auch einst mit „feurigen Zungen“ reden mußten und es vielfach noch heute müssen, um die Indifferenz, die Gleichgültigkeit und Beschränktheit aus den harten Schädeln der Proletarier auszutreiben, die die Wandlung der Dinge noch nicht begriffen hatten und haben; um die Hemmungen zu überwinden, die jeder neuen Wahrheit entgegenreten. Der Enthusiasmus der Agitatoren hat dann aber glänzende Siege gefeiert, und mit Riesenschritten ist ihr Werk vorwärts gegangen.

Heute ist die Welt übersät mit Aposteln unseres Geistes, der den Kampf als einzige Rettung und die Macht der Organisation als einziges Erlösungsmittel preist. Und so wenig biblisch er ist, er entspricht doch dem hübschen poetischen Bilde, das wir ebenfalls bei dem alten guten Propheten Jesaias finden:

„... Denn gleichwie der Regen und Schnee vom Himmel fällt und nicht mehr dahin kommt, sondern feuchtet die Erde und macht sie fruchtbar und wachsend, daß sie gibt Samen zu säen und Brot zu essen: Also soll das Wort, so aus meinem Munde gehet, auch sein. Es soll nicht wieder zu mir leer kommen, sondern tun, was mir gefällt, und soll ihm gelingen, wozu ich es sende...“

Dem Geist der Arbeit, der in Wahrheit heilig ist, weil er die verachtete und entrechtete nützliche Tätigkeit zur Anerkennung und Herrschaft führen will, ist das Wort, das er mit feurigen Zungen in die Lande hinausgeschickt, nicht leer zurückgekommen. Und so wird der pfingstliche, der begeisternde Apostelgeist der kämpfenden und ringenden Arbeiterschaft weiter wirken; er wird in Wahrheit „die Erde fruchtbar machen, daß sie gibt Samen zu säen und Brot zu essen“.

Fortschrittliche Arbeiter.

Th. Berlin, 1. Juni 1908.

I.

Recht verschiedenartig sind die Kappen derer, die am politischen Fasching teilnehmen. Und jedem gefällt bekanntlich seine Kappe am besten. Auf die Urknustehenden jedoch wird am drolligsten stets diejenige Maskerade wirken, bei

welcher unverfälschtes Narrentum mit scheinbarem Ernst zur Schau getragen wird. Sie dürfen des durchschlagenden Erfolges immer sicher sein, namentlich wenn ihre Narretei den Reiz der Neuheit besitzt. Ein Agrarier beispielsweise, der in einer Wahlrede dem Bruder Bauer versichert, beide hätten gleiche Interessen, oder ein Großindustrieller, der den Arbeitern klarschwindelt, nur in der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sei die Wohlfahrt aller begründet, oder ein freisinniger Bankdirektor, welcher mit einer Träne der Rührung versichert, auch er sei Arbeiter, müsse vom Fleiße seiner Hände leben und könne darum im Parlament die Kleinen Leute am besten vertreten — das alles sind zwar Narren, doch ihre Kappen sind verbraucht, sind schon zu oft gesehen worden und wirken nur noch bei denen, die noch größere Narren sind als die Maskierten selbst. Es ist überhaupt nicht leicht, eine neue Art politischer Narrenkappen zu erfinden. Einigen Arbeitern ist das Kunststück gelungen, indem sie am 24. Mai in Frankfurt a. M. einen fortschrittlichen Arbeitertag für Süddeutschland abgehalten haben. Als „erster“ seiner Art wurde er in einer Resolution bezeichnet. Vorangegangen ist ihm bereits ein gleichfalls „erster“ fortschrittlicher Arbeitertag für Rheinland-Westfalen.

Die Naturwissenschaft hat im Sinne der Darwinschen Entwicklungslehre bewiesen, daß manche Zwischenstufen von Tierarten, obwohl sich diese letzteren schon längst zu höheren Daseinsformen entwickelt haben, immer noch unverändert erhalten geblieben sind. So findet sich heute noch der Molchfisch als ein seit Jahrmillionen überholter Uebergang vom Kiemen- zum Lungenatmer; das australische Wasserschnabeltier legt als Säugetier regelrecht Eier, während umgekehrt der schwarze Alpenmolch und mehrere Haifischarten als Kaltblütler lebende Junge zur Welt bringen. Das sind, wie gesagt, Daseinsformen, die durch vollkommeneren, zweckmäßigeren Entwicklungsstufen längst ersetzt sind, die sich aber trotzdem erhalten haben. Eine ähnliche Erscheinung ist es, wenn auf dem politischen Gebiete sich jetzt wieder eine „fortschrittliche“ Arbeiterbewegung aufzumachen will. Damit wird eine parlamentarische Entwicklungsphase wieder herzustellen versucht, die seit 30 und mehr Jahren als überwunden gelten darf. Das schließliche Schicksal einer „fortschrittlichen“ Arbeiterbewegung ist damit auch besiegelt. Sie wird niemals zu Kräften kommen. Denn — um das Beispiel des Molchfisches nochmals heranzuziehen — hätte sich von Anfang an, also etwa seit Anfang der siebziger Jahre, neben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine fortschrittliche kräftig erhalten können, so wäre theoretisch nicht ausgeschlossen, daß sie, weil sie einmal noch da ist, auch noch längere Zeit bestehen bliebe. Aber jetzt eine neue fortschrittliche Arbeiterbewegung schaffen, sozusagen aus dem Nichts erwecken wollen, ist einfach eine Narretei, mögen die drei Duzend „fortschrittlicher Arbeiter“, die sich in Frankfurt a. M. aus Hanau, Heidelberg, Heilbronn, Homburg, Jfenburg, Kaiserslautern, Mannheim, München, Offenbach, Weßlar, Worms und Würzburg einfanden, noch so fest überzeugt sein, es werde ihnen gelingen, den Zeiger der Weltenuhr nach rückwärts zu drehen. Das hat bekanntlich schon mancher Narr geglaubt.

Aus den Verhandlungen, die insgesamt noch keine fünf Stunden in Anspruch nahmen, ist nicht viel zu berichten. Als Ursache für die als nötig behauptete Sonderstellung der „fortschrittlichen“ Arbeiter gab als Referent der Arbeitersekretär Bruno Börsch aus Düsseldorf an, Tausende von Arbeitern leisteten dem Liberalismus noch Gefolgschaft, weil sie nicht an den sozialdemokratischen Zukunftsstaat glauben und zur Taktik der sozialdemokratischen Partei kein Vertrauen haben, andererseits auch die agrarische Politik des Zentrums und der Christlichsozialen nicht mitmachen wollen und „für die Freiheit der Forschung und der Wissenschaft eintreten“. Allerdings seien die liberalen Arbeiter auch mit vielem nicht einverstanden, was der Liberalismus getan habe; doch wenn die Arbeiter sich aufräfften und in den linksliberalen Parteioorganisationen für ihre Ideen wirkten, würden sie sich und ihre Sache durchsetzen können. Ohne Reibung werde es da zwar nicht abgehen, doch auch die freien Gewerkschaften hätten anderthalb Jahrzehnte kämpfen müssen, ehe sie innerhalb der Sozialdemokratie Geltung gewannen. (1) Schon habe die liberale Fraktionsgemeinschaft einen „Ausfluß für Arbeiterfragen“ eingeleitet, und die freisinnige Vereinigung habe „mehrere sozialpolitisch-fortschrittliche Beschlüsse gefaßt“. Das sei ein Anfang, dem Taten folgen würden, wenn die liberaldemokratische Arbeiterschaft aus dem Schmollwinkel heraustrete und sich kräftig rege. Allerdings sei das Verhalten der Liberalen im letzten Jahre wenig geeignet, die Arbeiter für sie heranzuziehen; auch die Früchte der Blockpolitik giefien den Arbeitern nicht, und wenn die Liberalen bei der Finanzreform für weitere indirekte Steuern stimmten, würden die Arbeiter in Scharen die Fahne des Liberalismus verlassen; doch er erwarte, das liberale Bürgertum werde sich aufraffen zur Vertretung fortschrittlicher Interessen mit derselben Entschiedenheit wie die ostelbischen Junker ihre Sonderrechte vertreten. Arbeiter und Bürger

gehörten zusammen im Kampf gegen das Junkertum. Wenn man, wie Bülow, dem Arbeiter sage, er sei nicht gleichberechtigt, sondern nur ein Wähler dritter Klasse, „so reiße man ihm die Liebe zum Vaterlande aus dem Herzen“.

In der Debatte äußerten sich einige Redner dahin, erst müsse die Blockpolitik zusammenbrechen, ehe von einer fortschrittlichen Arbeiterpolitik die Rede sein könne. Der Münchener Vertreter **Blie**r dagegen erklärte, die 6000 liberalen Arbeiter Bayerns seien mit den Ergebnissen der Blockpolitik „sehr zufrieden“. Auch Herr **Tischendorf**-Berlin trat für die Blockpolitik ein. Man müsse Vertrauen zu den Leuten haben, welche die Verantwortung im Parlament zu tragen haben. Mit der Kritik „an unserer Fraktion“ — damit meinte er die Liberale — erreiche man nichts, als freundliche Einladungen der Sozialdemokratie, doch zu ihr zu kommen. Sei auch das Bündnis zwischen den Freisinnigen und den Konservativen in Niederbarnim verwerflich, so hätten doch andererseits die Sozialdemokraten einen Quibde und einen Blumenthal gegen Reaktionen durchfallen lassen. — Endlich wurde eine Resolution angenommen, welche vom Liberalismus verlangt, er solle „den Forderungen der Arbeiter mehr als bisher Rechnung tragen“, damit er „das verlorene Vertrauen der Arbeiter wiedergewinne“. Dagegen sei es „unabweisbare Pflicht aller liberalen Arbeiter, sich an den liberalen Parteibestrebungen mehr als bisher zu beteiligen“. Nach Einsetzung eines liberal-demokratischen Arbeiterausschusses für Südwestdeutschland mit dem Sitze in Frankfurt und nach Anerkennung der Düsseldorf-Zentralstelle als Zentralinstanz, war der „erste fortschrittliche Arbeitertag für Südwestdeutschland“ zu Ende.

Sagt man das Gebilde zusammen, so ergibt sich folgende köstliche politische Karre: Wir fortschrittlichen Arbeiter mögen keine Sozialdemokraten sein, weil wir nicht an den Zukunftsstaat glauben und zu ihrer Taktik kein Vertrauen haben. Wir wissen zwar, daß von keinem Sozialdemokraten der Glaube an einen bestimmten Zukunftsstaat gefordert wird, und wir müssen zugeben, daß die sozialdemokratische Taktik nie versagt hat, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelte; aber wir wollen eben keine Sozialdemokraten sein. Punktum! — Zentrumsleute oder Christlichsoziale, mögen wir jedoch gleichfalls nicht sein wegen ihrer agrarischen Politik. Da wir aber in diesen herrlichen Lenzenstagen, wo alles keimt und Blüten treibt, unter allen Umständen etwas sein und bedeuten wollen, sind wir eben liberal, fortschrittlich, demokratisch, freisinnig, liberal-demokratisch. Uns ist es ganz schnuppe, wie man uns nennt, wenn man uns nur aufnimmt. Galtet uns nicht etwa für so kurzichtig, daß wir nicht ganz klar wüßten, wie wenig der Liberalismus bisher für die Arbeiter getan hat. O nein; das wissen wir schon. Und wenn der Liberalismus sich nicht ändert, gehen wir wieder unserer Wege. Aber so ganz ohne ist der Liberalismus für uns nicht. Schon hat er einen „Ausstoß für Arbeiterfragen“ eingeseht und „mehrere sozialpolitisch-fortschrittliche Beschlüsse gefaßt“. Wenn wir recht fleißig mitarbeiten, läßt sich der Liberalismus vielleicht herbei, uns Arbeiter als voll anzuerkennen. Deshalb fordern wir von ihm, er möge „mehr als bisher“ unseren Arbeiterforderungen Rechnung tragen. Sind wir nicht ganze Kerle? Haben wir nicht Schneid und Courage? Laßt uns nur machen! Wir wollen dem verfaulten Liberalismus schon frisches Blut in die Adern gießen! Denn Arbeiter und Bürger gehören zusammen im Kampfe gegen das Junkertum. Das sagen wir, die liberal-fortschrittlich-freisinnig-demokratischen Arbeiter, und wir lassen nicht mit uns spielen. Als Bülow sagte, wir seien nicht gleichberechtigt, sondern nur Wähler dritter Klasse, da hat er uns die Liebe zum Vaterlande aus dem Herzen gerissen. Denn unsere Liebe zum Vaterlande hängt von der Klasse ab, in der wir wählen dürfen. Zum Glück hat Bülow unsere Vaterlandsliebe noch nicht ganz herausgerissen; ein Eckchen ist noch hängen geblieben. Aber wehe ihm, wenn er's noch einmal sagt, dann werden wir — noch viel liberaler, fortschrittlicher, freisinniger, demokratischer. Alles, was Recht ist. Wir fortschrittlichen Arbeiter haben auch unsere Galle. Darum wollen wir Arbeiter mit den Bürgern zusammenstehen im Kampfe um die Freiheit; wenn wir auch zugeben müssen, daß das Bürgertum uns bisher stets verraten und verkauft hat.

Diese tapferen Leute! Wollte ein Hungriger, vor dem eine Schüssel mit reinlichem, kräftigem und gesundem Essen dampft, und der nur zuzulangen braucht, um seinen Hunger zu stillen, die Schüssel beschmähen, weil er daneben in einem Rehrichthausen einige vertrocknete Brotrinden zu finden hofft, würden sie ihn gegen einen Narren nennen. Daß es aber eine Karre sei sondergleichen ist, bei den Liberalen zu betteln, statt als Arbeiter sich der Sozialdemokratie anzuschließen, die gleich der gefüllten Schüssel alle Arbeiterforderungen rücksichtslos vertritt, das können die wackeren Leute nicht einsehen. Ist das schon genug der Karre, so mag ein zweiter Artikel zeigen, daß die Karre der „fortschrittlichen Arbeiter“ noch viel schlimmer ist.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur diesjährigen Tarifbewegung im Baugewerbe.

Schon gleich nach Beendigung der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund hatten wir die Absicht, unseren Mitgliedern eine kurz gedrängte Uebersicht über die Verhandlungen zu geben. Dieses war leider nicht möglich, weil wir gleichzeitig auch die einzelnen Versammlungsberichte aus den Zahlstellen mit veröffentlichen wollten, um so ein zusammenhängendes Bild über das Ganze zu gewinnen. Dann aber ergaben sich nach dem 4. Mai noch so viele örtliche Differenzpunkte, daß von einer Veröffentlichung vorläufig Abstand genommen werden mußte. Da aber der Bericht für alle Mitglieder von großem Interesse ist, dürfte derselbe auch heute noch seinen Zweck voll und ganz erreichen.

Die Tariffrage im Zimmergewerbe Deutschlands ist keineswegs so jungen Datums wie vielfach von den Zimmerern selbst angenommen wird. Nachweisen läßt sich, daß schon vor mehr als 30 Jahren, also zu Anfang der 70er Jahre, in verschiedenen Orten Tarife zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Zimmergewerbes abgeschlossen wurden. Allerdings hatten jene Tarife nicht die Bedeutung, wie dieses bei den in den letzten Jahren abgeschlossenen Tarifen der Fall ist, weil man es mit der strikten Innehaltung derselben in früheren Jahren nicht allzu genau nahm. Dies ändert indes an der Tatsache an sich nichts.

Lange Jahre hindurch waren aber merklliche Fortschritte für den Abschluß von Verträgen nicht zu verzeichnen. In den Reihen der Unternehmer wie auch unter den Arbeitern war eine gewisse Abneigung gegen Tarifverträge vorhanden, indem man sich durch dieselben benachteiligt glaubte. Die Gründe hierfür waren, und sind es zum Teil auch heute noch, auf beiden Seiten verschiedener Art. Die Arbeiter wollten für die Zeit wirtschaftlicher Prosperität freie Hand haben; die Arbeitgeber wollten dasselbe für die Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, um den Lohn nach ihrem Belieben herunterdrücken zu können. Kurz, die Meinungen über Vorteile und Nachteile der Tarifverträge gingen in beiden Lagern weit auseinander, ja standen sich direkt diametral gegenüber.

Erst Ende der 90er Jahre, es war 1899 als nach der Bewegung im Baugewerbe Berlins dortselbst ein gegenseitiges Vertragsverhältnis zunächst auf die Dauer von zwei Jahren zu Stande kam, machte sich auch in den Reihen der Arbeitgeber des ganzen Landes eine größere Tariffreundlichkeit bemerkbar. Seit dieser Zeit hat denn auch die Zahl der Tarifverträge bedeutend zugenommen, so daß in der ersten Hälfte des Jahres 1907 bereits 318 abgeschlossene Tarifverträge im Zimmergewerbe Deutschlands zu verzeichnen waren.

Von Seiten des Bundesvorstandes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wurde jetzt auch mehr Propaganda für Abschließung von Verträgen bei seinen Mitgliedern gemacht. Am allerbesten gibt uns hierüber der Verhandlungsbericht über die außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, abgehalten am 21. Oktober 1907 in Berlin, Aufschluß. Danach ist die erste Anregung zu einem einheitlichen Vorgehen beim Abschluß der Tarifverträge vom Mitteldeutschen Verbande in Frankfurt a. Main ausgegangen. Der offizielle, vom Bundesvorstand herausgegebene Verhandlungsbericht sagt darüber folgendes:

Der Mitteldeutsche Verband beantragte damals, im Frühjahr 1905, zur Ermöglichung eines gemeinsamen Vorgehens bei Verlängerung oder Erneuerung der Verträge im Frühjahr 1908, allen dem Deutschen Arbeitgeberbund angehörenden Verbänden durch ein vertrauliches Rundschreiben zu empfehlen, die zu vereinbarenden Verträge sämtlich bis zum gleichen Termine (31. März 1908) abzuschließen.

Den Verbänden wurde darauf am 5. Juni in einem vertraulichen Schreiben unter gleichzeitiger Uebersendung eines bezüglichen Fragebogens empfohlen, dem Antrage gemäß zu verfahren, und sie wurden zugleich ersucht den Fragebogen bezw. Abschluß von Arbeitsverträgen zu beantworten.

Die Frage kam auch auf der Generalversammlung in München (15. März 1906) durch Herrn Lüscher-Frankfurt a. M. zur Erwähnung, ohne daß indessen darüber Beschluß gefaßt wurde.

Im Sommer 1906 regte der Mitteldeutsche Verband die weitere Verfolgung der Angelegenheit nochmals an, und da gerade in diesem Jahre zahlreiche Arbeitgeberverbände für den Bund neu gebildet worden waren, wurde allen Verbänden im Oktober 1906 nochmals empfohlen, die Verträge möglichst bis Ende März 1908 abzuschließen und dem Bundesvorstand darüber zu berichten.

In der Sitzung des Bundesvorstandes in Berlin am 17. Januar 1907 ist die Frage nun eingehend behandelt worden; nach längerer lebhafter Debatte einigte man sich auf eine Reihe von Anträgen für die am 19. Februar 1907 in Gln stattfindende Generalversammlung. In dieser Ver-

sammlung, die unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, wurden die Anträge des Vorstandes genehmigt und zum Beschluß erhoben. Die Beschlüsse lauten:

1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.
2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden.
3. Eine Vertagung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über zehn Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenen Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen.
4. Der erste Mai darf in keinem Verträge als Feiertag zugestanden werden.

Diese Beschlüsse sind den Verbänden unterm 22. März 1907 als streng vertraulich zur unbedingten Nachachtung mitgeteilt worden.

Die Sache trat dann in ein neues Stadium, als die west- und nordwestdeutschen Arbeitgeberbezirksverbände am 8. April 1907 in Hannover zusammengetreten waren und über die Festsetzung eines Vertragsmusters und über einheitliche Maßnahmen beim Abschluß der im Jahre 1908 ablaufenden Verträge verhandelt und den Antrag gestellt hatten, Anfang Juli 1907 eine Versammlung derjenigen Verbände einzuberufen, deren Verträge im Frühjahr 1908 ablaufen.

Diesem Antrage wurde stattgegeben und die Versammlung am 22. Juni 1907 in Berlin abgehalten. Die Aussprache in dieser Versammlung war äußerst lebhaft und führte schließlich zu dem folgenden Beschluß:

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wird beauftragt, im Sinne der Vorschläge der Interessengemeinschaft der west- und nordwestdeutschen Arbeitgeberverbände und der heutigen Verhandlungen nach Anhörung der Lokalverbände einen Normalarbeitsvertrag auszuarbeiten und demselben spezielle Bestimmungen für den Abschluß dieser Verträge beizugeben und einer Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Die Versammlung soll in den ersten Tagen des Monats Oktober einberufen werden.

Diesem Beschluß entsprechend wurden die Verbände unter Uebersendung des vom Bezirksverband in Essen zur Verfügung gestellten Entwurfs des Vertragsmusters unterm 2. Juli 1907 um Äußerung und eventuell um Einreichung von weiteren Vorschlägen für das Vertragsmuster zc. ersucht.

Gleichzeitig wurde, einem weiteren Beschlusse der erwähnten Versammlung vom 22. Juni 1907 gemäß eine neungliedrige, aus den Herren Baurat Felsch-Berlin, Baurat Ente-Leipzig, ferner den Herren Fiedler-Berlin, Fritsch-Offen, Heppeler-Freiburg i. B., Heuer-Berlin, Lauffer-Rödingsberg i. Pr., Lüscher-Frankfurt a. M., Noack-Dresden und Thiemann-Gln bestehende Kommission gebildet; diese Kommission ist am 27. September 1907 in Berlin zusammengetreten und hat in einer acht Stunden währenden Sitzung an der Hand der eingegangenen Äußerungen und eines neuen vom Bezirksverband in Essen zur Verfügung gestellten Vertragsmusters den jetzt zur Beratung stehenden Vertrag nebst Erläuterungen festgesetzt.

Der Vorstand des Bundes, der sich gestern mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt hat, unterbreitet nun der heutigen Versammlung den Vertragsentwurf und die vom Bundesvorstande festgesetzten taktischen Grundsätze, welche beim Abschluß der nächstjährigen Tarifverträge beachtet werden sollen.

Um was es sich dabei eventuell handelt, wird den Anwesenden nicht unbekannt sein. Das Endziel ist nämlich, wie bereits in den einleitenden Worten ausgesprochen, darauf gerichtet, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeren Umfangs angedroht und durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes.

Dieses Tarifmuster wurde dann auch auf vorhin genannter Generalversammlung zum Beschluß erhoben. Den Wortlaut desselben haben wir unseren Mitgliedern bereits im „Zimmerer“ Nr. 48 des vorigen Jahres unterbreitet, so daß wir an dieser Stelle auf dasselbe nicht näher einzugehen brauchen. Jedemfalls war nunmehr die Absicht des Arbeitgeberverbandes festgestellt, über die man vorher ziemlich lange im unklaren war.

Jetzt wurde aber auch mit Hochdruck von den einzelnen Orts- respektive Landesverbänden des Arbeitgeberbundes gearbeitet; denn bereits am 1. Dezember 1907 ging dem Zentralvorstande unseres Verbandes vom Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland-Westfalen wie auch vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband mit dem Sitze in Frankfurt a. M. die Kündigung der Verträge für beide Gebiete und gleichzeitig auch der neue Tarifentwurf zu. Daß man es recht eilig hatte, beweist, daß sich unser Zentralvorstand bis zum 5. Januar 1908 zu den eingesandten Vorlagen erklären sollte. Die Erklärung wurde in dem Sinne abgegeben, daß wir bereit seien, in weitere mündliche Erörterungen über den Abschluß eines Vertrages einzutreten. Die Vorarbeiten dazu seien in die Wege geleitet, da diese aber ziemlich umfangreich seien, könne an Verhandlungen vor Ende Januar nicht gedacht werden.

Mittlerweile war denn auch die Kündigung und der neue Tarifentwurf fast allen Großstädten, wie Leipzig, Dresden, München, Breslau usw. sowie einer ganzen Anzahl weiterer Zahlstellen zugestellt worden. Ueberall mit dem Hinzufügen auf recht baldige Verhandlungen.

Es kann hier nun nicht unsere Aufgabe sein, auf alle Verhandlungen in ihren Einzelheiten einzugehen, weil dieses zu weit führen würde. Nur bezüglich der Verhandlungen für das Main- wie auch das rheinisch-westfälische Industriegebiet müssen wir etwas weiter aussholen, weil, wie aus

dem vorhin zitierten Protokoll hervorgeht, es gerade jene beiden Arbeitgeberverbände sind, welche bei der ganzen Sache die treibende Kraft zu sein scheinen.

Die ersten Verhandlungen begannen nunmehr am 10. Februar in Frankfurt a. M. und dauerten drei Tage. Diesen folgten die Verhandlungen in Essen am 24. Februar. Beide Verhandlungen führten zu irgend einem greifbaren Resultat nicht. Während die Vertreter der Arbeiter eine Aenderung des Tarifmusters verlangten, bestanden die Unternehmer auf Anerkennung desselben ohne jegliche Aenderung.

Am 14. März fand dann auf Veranlassung des rheinisch-westfälischen und gleichzeitig auch des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes eine gemeinschaftliche Sitzung in Coblenz statt. Diese Sitzung befaßte sich fast ausschließlich mit dem Tarifmuster. Nach langem Sträuben erklärten schließlich die Vertreter jener beiden Arbeitgeberverbände, daß sie bereit seien, dahin zu wirken und bei ihrem Bundesvorstand dafür einzutreten, daß die uns anstößigen Stellen und Bestimmungen aus dem Vertrage entfernt würden.

Nunmehr begannen abermals die Verhandlungen, und zwar am 16. März in Frankfurt a. M. Eine Lohnerhöhung wollten die Unternehmer in den nächsten zwei Jahren, der daniederliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse wegen, absolut nicht zugeben. Ja, man drohte allen Ernstes mit einer allgemeinen Lohnreduzierung. Eine zum 23. März angeordnete Verhandlung in Essen wurde wieder rückgängig gemacht, weil am 25. März durch die Vermittlung des Herrn Professor Dr. G. Franke-Berlin (Redakteur der „Sozialen Praxis“) eine gemeinschaftliche Sitzung mit der Bundesleitung des Arbeitgeberverbandes einerseits und den Zentralvorständen und Gauleitern der Arbeiterorganisationen andererseits in Berlin stattfand. Das Resultat dieser Sitzung war, daß das Tarifmuster von seinen anstößigen Bestimmungen befreit und wesentlich zu unseren Gunsten geändert wurde. Außerdem wurden in dieser Sitzung eine Anzahl wichtiger Erklärungen zu Protokoll gegeben, welche zum Teil als Richtschnur, zum Teil als Grundlage bei den späteren Verhandlungen zu gelten haben. Nach diesen Erklärungen sollten alle Verhandlungen im Lande bis zum 18. April beendet sein.

Die Verhandlungen begannen also aufs neue, in Essen am 6. und in Frankfurt a. M. am 13. April. Wohl kam es jetzt bezüglich einiger Nebenbestimmungen zu einer Verständigung. Eine große Anzahl anderer Differenzpunkte blieb indes auch jetzt noch bestehen. Ganz besonders aber war es wieder die Lohnfrage, an der alles scheiterte. So scharf wie die Vertreter der Arbeiter eine Lohnerhöhung, mindestens für das zweite Jahr forderten, ebenso scharf vertraten die Unternehmer den gegenteiligen Standpunkt und redeten nur einer Herabsetzung des bisherigen Lohnes das Wort. An ein Nachgeben auf dieser oder jener Seite war nicht zu denken. Der Kampf auf der ganzen Linie schien unvermeidlich.

In diesem recht kritischen Moment waren es die drei sogenannten Unparteiischen, Beigeordneter Dr. Wiedfeldt-Essen, Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München und Gewerbegerichts-Vorsitzender v. Schulz-Berlin, welche abermals Einladungen zu einer weiteren gemeinschaftlichen Verhandlung in Berlin zum 23. April ergehen ließen.

Bei dieser Verhandlung wiederholte sich daselbe, was sich bereits bei den vorausgegangenen Verhandlungen im Lande gezeigt hatte. Zwei Tage lang, von früh bis spät, wurde von beiden Seiten im Plenum das Für und Wider einer Lohnerhöhung in der schärfsten Weise vertreten. Keine Partei war gewillt, auch nur das Geringste nachzugeben. Am dritten und vierten Verhandlungstage wurde dann nicht mehr im Plenum, sondern in einer engeren Kommission, und zwar nur für die einzelnen Bundesstaaten, der Reihe nach verhandelt. Hierbei wurden dann allerdings hier und da einige ganz kleinliche, nebensächliche Zugeständnisse von Seiten der Arbeitgeber gemacht. Im allgemeinen kam es aber auch hier zu einer Verständigung nicht. Immer und immer wieder waren es die Unternehmer, welche auf die wirtschaftliche Depression, auf den teuren Stand des Geldes und des damit im engsten Zusammenhange stehenden schwierigen Bauens usw. hinwiesen; daß infolgedessen keine Lohnerhöhung sondern eine Herabsetzung desselben viel gerechtfertigter erscheine. Wenn man aber hiervon Abstand nehme, so fügte man hinzu, sei dieses schon ein recht großes Entgegenkommen ihrerseits.

Alles stand wieder auf dem toten Punkt. Nun machten die drei Unparteiischen den Vorschlag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts. Ueber diesen Vorschlag haben beide Parteien getrennt voneinander lange Zeit beraten. Ernsthaft und eingehend haben sich die Vertreter der Arbeiter gefragt, können und dürfen wir ein derartiges Schiedsgericht ablehnen? Was wird bei dem Schiedspruch herauskommen? usw. Alle Redner waren sich darin einig, daß man sich allzu große Hoffnungen nicht hingeben dürfe. Nachdem aber die Meinungen vollständig geklärt, ergab sich dann unter den circa 100 Vertretern der Arbeiter, Einstimmigkeit darüber, dem einzusetzenden Schiedsgericht die Zustimmung zu geben. Desgleichen gaben die Vertreter der Arbeitgeber ihre Zustimmung zu dem Vorschlage der drei Unparteiischen. Am Abend des 27. April wurde dann folgender Schiedspruch bekannt gegeben:

Die in der heutigen Sitzung von den Bevollmächtigten der sämtlichen Beteiligten zu Schiedsrichtern erwählten drei Unparteiischen haben einstimmig folgenden

Schiedspruch

gefaßt:

1. In keinem Lohngebiete darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.
2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrecht zu erhalten.
3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeitgeber-Organisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.
4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 % zu erhöhen.
5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.
6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstr. 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches anzuzeigen.

Gründe:

Nach gründlicher Prüfung der in den Plenarverhandlungen vorgetragenen allgemeinen Gesichtspunkte wie der in den Kommissionsberatungen geltend gemachten besonderen Darlegungen sind die Unparteiischen einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß einheitlich für das ganze Reich zur Zeit nur geregelt werden können: das am 26. März 1908 in Berlin vereinbarte Vertragschema und die Frage der Lohnerhöhung; in allen anderen Fragen spielen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, ja der einzelnen Lohngebiete wenigstens zur Zeit noch eine derartig ausschlaggebende Rolle, daß eine Regelung durch Schiedspruch von einer Stelle aus nicht möglich ist. Da indessen auch hier von weiteren Verhandlungen kein Erfolg zu erwarten steht, bleibt nur übrig, für diese Bezirke oder Gebiete besondere Schiedsgerichte unter unparteiischen Vorsitzenden einzusetzen, die alle außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden haben.

Für die Regelung der Lohnfrage, die bei allen Tarifabschlüssen ein doppeltes Gesicht hat, ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders schwierig, einen Standpunkt zu gewinnen, welcher den einander widerstrebenden Interessen beider Parteien gerecht wird. Die Unparteiischen sind sich darüber völlig klar, daß infolge der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur die Bauaktivität eine erhebliche Einschränkung erfahren hat und daß diese Einschränkung, obschon für einzelne Gebiete Anzeichen einer Besserung vorzuliegen scheinen, wohl noch für die nächste Zeit andauern wird. Verschärft wird diese ungünstige Lage des Baugewerbes durch die seit länger als Jahresfrist herrschende allgemeine Geldverknappung, in deren Folge Baugelder nur zu sehr lästigen Bedingungen oder überhaupt nicht zu erhalten sind, und die für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung auch nicht erwarten läßt. Demgegenüber ist aber als eigentümliche Begleiterscheinung der gegenwärtigen Lage nicht zu verkennen, daß die seit 3 bis 4 Jahren stark gestiegenen Preise für den gesamten Lebensunterhalt trotz der rückgängigen Konjunktur keine irgend erhebliche Ermäßigung erfahren hat, so daß sich Staaten, Städte und Privatunternehmungen im letzten Jahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage zu Befoldungserhöhungen, Teuerungszulagen und ähnlichem haben herbeilassen müssen. Es ist sonach nicht zu bezweifeln, daß die Kaufkraft der Löhne gegen die Zeit vor 1906 nicht unwesentlich gesunken ist.

Nach reiflicher Abwägung dieser eigenartigen und nach vielen Seiten hin sehr schwierigen Sachlage haben die Unparteiischen dahin entschieden, daß erstens in keinem Lohngebiete irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen durch die neuen Vertragsabschlüsse eintreten darf.

Zweitens sind in den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, diese Lohnerhöhungen aufrechtzuerhalten.

Drittens sind in den Lohngebieten, wo von den zuständigen Arbeitgeber-Organisationen anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, diese Lohnerhöhungen (Stundenlöhne, Lohnzuschläge u. d.) ohne Einschränkungen durchzuführen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Arbeiter die ihnen gebotenen Lohnerhöhungen angenommen oder als unzureichend abgelehnt haben. Die Unparteiischen sind vielmehr der Auffassung, daß das einmal gemachte Angebot den Grad des für dieses Gebiet möglichen höchsten Lohnes darstellt und daß dieser mögliche Lohn gezahlt werden soll. Aus diesem Grunde soll bei voneinander abweichenden Angeboten das höhere maßgebend sein.

Viertens haben die Unparteiischen für alle anderen Gebiete mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des deutschen Baugewerbes von jeder Lohnerhöhung für das laufende Jahr absehen zu sollen geglaubt.

Anders liegt die Frage für das zweite Jahr der Vertragsdauer. In Würdigung der eingetretenen Preissteigerung sind die Unparteiischen hier zu der Ueberzeugung gelangt, daß in allen Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 der Lohn nicht erhöht worden ist, seine Kaufkraft infolge der Preissteigerung so herabgegangen ist, daß er zwar ziffernmäßig, aber nicht mehr tatsächlich dasselbe bedeutet wie zu jener Zeit. Sie halten daher eine Lohnerhöhung von 1 % für die Vertragszeit vom 1. April 1909 ab für das mindeste dessen, was nötig ist, um in diesen Lohngebieten den Löhnen wenigstens im allgemeinen wieder die gleiche Kaufkraft zu geben, die sie vordem hatten.

Dagegen soll in den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 eine Lohnerhöhung durchgeführt ist, auch für das zweite Jahr der Vertragsdauer von einer Lohnerhöhung abgesehen werden.

Die Unparteiischen sind lange im Zweifel gewesen, ob sie die im Verhältnis zu anderen Städten auffallend niedrigen Löhne für die als besonders teuer bekannten Städte Frankfurt a. Main, Wiesbaden und Mannheim nicht um zwei Pfennig

mit dem 1. April 1909 erhöhen sollten, weil sie der Auffassung sind, daß, nachdem einmal für das ganze Reich ein Kollektivvertrag geschaffen wird, in Konsequenz hiervon auch eine gewisse Ausgleiche, zum wenigsten aber eine Annäherung der Lohnsätze zwischen wirtschaftlich gleichstehenden Plätzen anzustreben ist, zumal dieselbe Maßnahme bereits für einzelne Vertragsbezirke mit Erfolg durchgeführt ist. Die Unparteiischen haben indessen, um die Einstimmigkeit des Schiedspruches zu wahren und um seine Annahme angeht, die hier bei den Verhandlungen hervorgetretenen schwierigen Verhältnisse nicht in besonders hohem Maße zu gefährden, beschlossen, von einer ausdrücklichen Vorschrift dieser Erhöhung abzusehen und sich darauf zu beschränken, sie den zuständigen Arbeitgeberverbänden nachdrücklich zur freiwilligen Durchführung zu empfehlen.

Für Berlin ist die Lohnfrage durch den von beiden Parteien angenommenen Vorschlag der Unparteiischen bereits geregelt.

Die Unparteiischen sind der einhelligen Ueberzeugung, daß sie durch diesen Schiedspruch der eigenartigen schwierigen Lage möglichst sorgsam und nach beiden Richtungen hin gerecht abwägend Rechnung getragen haben und daß er den zur Zeit einzig für beide Parteien gangbaren Mittelweg darstellt. Sie verkennen dabei freilich nicht, daß beide Parteien sehr erhebliche Schwierigkeiten haben werden, diesem Schiedspruch überall bei ihren Parteilanggehörigen zur Annahme zu verhalfen. Sie richten aber die dringliche Bitte an die Führer und Bevollmächtigten beider Parteien, mit allen Kräften überall für seine Annahme einzutreten. Denn nur auf diesem Wege kann der Friede im deutschen Baugewerbe erhalten und vermieden werden, daß die zur Zeit unglückliche allgemeine wirtschaftliche Lage im deutschen Vaterlande durch einen großen, über das ganze Reich übergreifenden, in seinen Folgen unübersehbaren Kampf noch mehr erschüttert und außerordentlich verschärft wird. Die Unparteiischen geben sich endlich der Erwartung hin, daß, wenn jetzt auf diesem Wege ein Vertrag für große Gebiete des Reiches zu Stande kommt, damit eine geeignete Grundlage geschaffen ist, auf der im Jahre 1910 bei hoffentlich wesentlich günstigerer Wirtschaftslage ein weiterer gedeihlicher Ausbau nach dem Ziele hin erfolgen kann, durch einen Reichsvertrag im gesamten deutschen Baugewerbe geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Berlin, den 27. April 1908.

v. Schulz, Dr. Brenner, Wiedfeldt.

Nach der Fällung des Schiedspruches mußte nun auch ein Termin festgesetzt werden, bis zu welchem die Parteien sich über Annahme oder Ablehnung desselben zu erklären hatten. Die Unternehmer verlangten diese Erklärung zunächst schon bis zum nächsten Tage. Als dies seitens der Arbeitervertreter rundweg abgelehnt wurde, wollten sie den Termin auf den 1. Mai festlegen. Aber auch diese Frist mußte als zu kurz bezeichnet und abgelehnt werden. Als äußerster Termin zur Abgabe der Erklärungen wurde dann schließlich der 4. Mai bestimmt, wie es denn schließlich auch unter Punkt 6 des Schiedspruches festgelegt wurde.

Für die Zentralleitung unseres Verbandes drängte sich nun die Frage auf: Was ist jetzt im Interesse der einzelnen Mitglieder als auch der Gesamtorganisation zu tun? Klarheit, ob dem Schiedspruche zugestimmt oder ob derselbe abgelehnt werden müsse, mußte geschaffen werden. Es konnte nicht so ohne weiteres gesagt werden: „wir nehmen an oder lehnen ab“, sondern es mußte wohl erwogen werden, welche Konsequenzen sich nach dieser oder jener Richtung ergeben könnten. Eine derartige Entscheidung war nicht leicht. Befriedigt war nicht ein einziger von dem Schiedspruch, und dennoch handeln, ohne vorher die in Frage kommenden Mitglieder gehört zu haben, das war eine schwierige Situation. Andererseits war aber auch keine Zeit zu vergeben, weil die Frist bis zum 4. Mai zu kurz war. Deshalb mußte auch schnell gehandelt werden. Aus diesem Grunde traten die Vertreter des Zentralvorstandes mit den sämtlichen Gauleitern unseres Verbandes, die ohne Ausnahme an den Verhandlungen mit teilgenommen hatten, in Berlin zu einer gemeinschaftlichen Beratung zusammen. Hierbei zeigte sich bereits der Unwille, ja die Empörung über den Schiedspruch. Nicht einer der gesamten Vertreter glaubte demselben seine Zustimmung geben zu können. Die Stimmen unter uns waren durchaus nicht vereinzelt, die dahin gingen, „möge es kommen wie es wolle, lieber möge die Organisation in Trümmer gehen, als den Schiedspruch anerkennen“. Solche Ausführungen und noch viel schärfere, waren, was ganz erklärlich ist, bei der Empörung und herrschenden Erregtheit leicht gemacht. Wie aber nach jedem Aufbrausen sich eine Stille bemerkbar macht, so griff auch hier die ruhige, kühle Ueberlegung so nach und nach Platz. Es konnte und durfte den Vertretern unseres Zentralverbandes nicht gleichgültig und einerlei sein, eine Organisation, welche nach jahrelanger, mühsamer und aufreibender Tätigkeit zur heutigen Höhe gebracht war, mit einem Schlage vernichtet zu sehen. Geradezu unverantwortlich und an Verrat grenzend wäre es von diesen Vertretern gewesen, wenn sie den sehnlichsten Wunsch einer ganzen Anzahl von Unternehmern erfüllt und den Schiedspruch abgelehnt hätten. Dann wären jene Herren auf ihre Rechnung gekommen; das aber mußte vermieden werden. Deshalb stimmten denn auch die Gauleiter mit schwerem Herzen dem Schiedspruche zu.

Mit derselben Frage beschäftigte sich alsdann der Zentralvorstand in seiner Gesamtheit, und später noch einmal Verbandsauschuß und Zentralvorstand gemeinschaftlich. In beiden Körperchaften dieselbe Stimmung wie unter den Gauleitern; auch hier dieselbe Erbitterung. Aber auch hier das-

selbe Einsehen, daß es bis zum Aufreihen der Organisation nicht kommen dürfe. Man war sich bewusst, daß das Interesse der Gesamtorganisation über das Interesse einzelner einzelnen, ja, über das Interesse einzelner Zahlstellen stehe. Deshalb erklärten sich auch beide Körperschaften für den Schiedspruch.

Zum Schluß wollen wir nun noch kurz auf die Gründe hinweisen, welche Verbandsausschuß, Zentralvorstand und Gauleiter veranlaßten, dem Schiedspruch zuzustimmen. Wenn wir uns dabei etwas reserviert verhalten, so deshalb, weil wir es taktisch nicht für richtig halten, mehr zu sagen, als was unsere Gegner wissen dürften.

Bei all den Kämpfen, die im Zimmergewerbe Deutschlands in den letzten Jahren geführt wurden, war es stets Grundsatz, vorher die wirtschaftliche Lage nicht nur am Ort, sondern auch im allgemeinen zu prüfen. Recht schwer hat es sich oft gerächt, wenn unsere Kameraden wohl sahen, daß die Arbeitsgelegenheit für sie am Orte eine gute zu sein schien und in der näheren und weiteren Umgebung des betreffenden Ortes herrschte Arbeitsmangel. Die örtlichen Verhältnisse mußten bei unseren Beratungen vollständig ausschließen und durfte nur die wirtschaftliche Lage des ganzen Reiches berücksichtigt werden. Diese konnte aber keineswegs auch nur annähernd als eine gute bezeichnet werden. Mitten im Hochsommer des Jahres 1907 setzte plötzlich infolge der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise in Nordamerika eine scharfe Krise ein. Große, bisher kapitalkräftige Banken und Geldinstitute mußten ihre Zahlungen einstellen. Diefenigen Personen, die ihre Gelder bei diesen Banken usw. belegt hatten, forderten die Herausgabe ihres Guthabens, Dies war infolge der Zahlungsunfähigkeit nicht möglich. Vor den Bankgebäuden fanden Zusammenrottungen statt, und schließlich wurden dieselben gewaltsam gestürmt, bis jene Institute, um nicht vollständig demoliert zu werden, mit Polizei und Militär besetzt wurden. Durch den internationalen Verkehr griff diese Krise ganz naturgemäß auch bald auf Europa und besonders auch auf Deutschland über. Auch hier folgte dann ein Aufsehen erregender Konkurs dem anderen, wobei Millionen und abermals Millionen von Mark verloren gingen. Große industrielle Betriebe wurden eingestellt oder schränkten ihre Tätigkeit um ein Bedeutendes ein, entweder durch Verkürzung der Arbeitszeit, Einlegung von Feiertagen oder Entlassung eines Teiles der Arbeiter. Der Zinsfuß stieg rapid, der Reichsdiskont hatte anfangs dieses Jahres die noch nie dagewesene Höhe von 7½ pSt. erreicht. Ein derartiger Zustand mußte natürlich auch ganz gewaltig auf das deutsche Baugewerbe wirken, weil dieses in all seinen Teilen, vielleicht mit wenigen Ausnahmen, direkt vom Geldmarkte abhängig ist. Deshalb machte sich auch schon im Spätherbst des vorigen Jahres eine ganz bedeutende Arbeitslosigkeit in unserem Berufe bemerkbar, welche im Laufe des Winters bis spät ins Frühjahr hinein eine nie gekannte Höhe erreichte. Angesichts einer solchen Tatsache glaubten die Vertrauenskörperschaften unseres Verbandes es nicht mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl vereinbaren zu können, ja 25 000 Mitglieder, welche bei dem Vertragsabschluß in Frage kommen, aufs Straßenpflaster werfen zu lassen.

Gleichzeitig wurde aber auch die Frage aufgeworfen, ob durch einen Kampf mehr erreicht werden könne, als der Schiedspruch bietet. Daß im Schiedspruch recht wenig für uns herausgekommen, haben wir bereits gesagt. Alle Vertreter aber waren sich darin einig, daß, abgesehen vielleicht von einzelnen Orten, in den allermeisten Fällen bei einem Kampf auch nicht mehr herauskommen würde. Deswegen erschien es taktisch auch richtiger, lieber das sichere Minimale ohne Kampf zu nehmen, als einen Kampf mit einer ziemlich bestimmten Niederlage auf der ganzen Linie aufzunehmen.

Eine weitere wichtige Frage, vielleicht die bedeutendste von allen, war die, ob wir in der Lage sind, die heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen eventuell auch ohne Vertrag aufrecht erhalten zu können. Auch diese Frage mußte verneint werden. In diesem Falle mußte uns Berlin als warnendes Beispiel dienen. Die Berliner Unternehmer hatten die vertragslose Zeit einerseits und die Arbeitslosigkeit andererseits dazu benutzt, den Lohn um 10 % pro Stunde herunter zu setzen. Daß ihnen dieses zu einem guten Teil gelungen ist, kann nicht bestritten werden. Aber das, was in Berlin möglich war, wird in anderen Zahlstellen, in denen die Bautätigkeit vollständig darniederliegt, nicht zu den Unmöglichkeiten gehören. Eine in Szene gesetzte Lohnreduzierung würde natürlich gleichzeitig einen Kampf auf der ganzen Linie zur Folge haben, dessen Ausgang nicht anders sein könnte, als vorhin bereits von uns angedeutet wurde. Jahrelange Arbeit wären vielleicht notwendig gewesen, um die Löhne wieder zu erreichen, welche heute schon gezahlt werden. Einen solchen Zustand zu vermeiden, war die unbedingte Pflicht der leitenden Personen, und durfte auch dieserhalb dem Schiedspruch die Zustimmung nicht versagt werden.

In letzter Linie aber war es noch ein weiteres Moment, welches mit zu Gunsten des Schiedspruches in die Waagschale fiel. Bis zum 4. Mai hatten nämlich bereits eine ganze Anzahl Zahlstellen und Gebiete ihre Zustimmung gegeben, so daß die Zahl der sich ablehnend verhaltenden Zahlstellen oder derjenigen, die überhaupt noch keine Stellung genommen

hatten, auf einen geringen Bruchteil der insgesamt in Frage kommenden Zahlstellen zusammengeschrumpft war. Die Unternehmer erklärten bekanntlich mehrfach, entweder in allen Zahlstellen Verträge oder gar keine. Selbst wenn nur eine Zahlstelle sich ablehnend verhielt, gab es keine Anerkennung aller übrigen Verträge. Sollte es dieser wenigen Zahlstellen wegen nun noch zum Äußersten kommen? Sollten dort, wo bestimmt nichts zu erzielen war, oder dort, wo einigermaßen annehmbare Vorteile geboten werden, jene Kameraden durch die ablehnende Haltung einzelner in den Kampf getrieben werden, um dann das wenig Errungene auch eventuell noch zu verlieren? Dieses kann kein Verbandsmitglied wollen. Deshalb, so wiederholen wir, mußte aus all den angeführten Gründen, nicht leichten Herzens, dem Schiedspruch zugestimmt werden.

Nun wird heute dem Zentralvorstande und den sonst in Frage kommenden Personen der Vorwurf gemacht, daß man die Mitglieder nicht vorher befragt, daß man über die Köpfe der Mitglieder hinweg beschlossen habe usw. Dieser Vorwurf mag ja, oberflächlich betrachtet, gerechtfertigt erscheinen. Betrachtet man die Sache indes etwas genauer, so muß auch hier anerkannt werden, daß gar nicht anders gehandelt werden konnte. — Die Frist zwischen Fällung des Schiedspruches bis zur Abgabe der Erklärung, ob dem Schiedspruch zugestimmt sei oder nicht, betrug gerade sechs Tage. Daß in diesen sechs Tagen in allen Zahlstellen Versammlungen abgehalten und die Mitglieder befragt werden konnten, war ausgeschlossen. Getan wurde aber, was irgend möglich war. So wurden neben einer großen Anzahl von Versammlungen auch drei Konferenzen für größere Landesteile abgehalten. Zwei dieser Konferenzen entschieden sich fast einstimmig für den Schiedspruch. Ebenso gab die überaus große Mehrzahl der einzelnen Versammlungen ihre Zustimmung. Demnach trifft es also nicht zu, daß die Mitglieder nicht befragt sind und einfach diktiert wurde. Wie stets ganz besondere Umstände ganz besondere Maßnahmen erfordern, so muß selbstredend der Zentralvorstand diese besonderen Maßnahmen der nächsten Generalversammlung gegenüber auch rechtfertigen und vertreten. Das eine aber kann heute schon ausgesprochen werden, daß der Vorstand bei all seinem Handeln nur das Beste der Gesamtorganisation im Auge hatte. Er ist auch davon überzeugt, daß der größte Teil der Mitglieder mit ihm derselben Ansicht ist. Jene Zahlstellen aber und Mitglieder, welche gegenteiliger Ansicht sind, welche das Vorgehen des Zentralvorstandes nicht billigen und glauben, dem Schiedspruch nicht zustimmen zu können, auch diese werden, sobald die Erregung sich gelegt und die kühle, ruhige Ueberlegung sich durchgerungen hat, zu der Ansicht gelangen, daß der eingeschlagene Weg der richtige war.

Sehr schlimm würde es jedoch werden, wenn sich einzelne unserer Zahlstellen abseitsstellen würden und nicht mitmachen wollten. Damit wäre ihnen selbst sowie der Gesamtorganisation durchaus nicht gedient, sondern sie würden damit nur sich selbst und die Allgemeinheit schädigen, und zwar zum Vorteil der Unternehmer; dies wird keiner wollen. Dann aber muß sich auch eine kleine Minorität, nach demokratischem Prinzip, der großen Majorität unterordnen. Die Zukunft wird lehren, daß der eingeschlagene Weg der richtige war.

Die Diskussion in den verschiedenen Zahlstellen über den Schiedspruch war eine recht lebhaft und sachliche, teilweise aber auch eine geradezu rüpelhafte. Von letzteren Versammlungen kann nicht gesagt werden, daß die Kameraden die Situation begriffen haben, sondern daß sie sich nur von den wilden Leidenschaften leiten ließen. Im allgemeinen möchten wir hier jedoch konstatieren, daß gerade die diesjährige Tarifbewegung bewiesen hat, daß sich unsere Organisation in den letzten Jahren ganz bedeutend, auch in die Tiefe, ausgedehnt hat. Leider ist eine eingehende schriftliche Berichterstattung über die stattgefundenen Versammlungen nicht erfolgt. Wir hätten dieses gewünscht, um so mehr ein übersichtliches Bild der Stimmung unserer Mitglieder zu gewinnen. Die wenigen uns zugegangenen Berichte lassen wir hier kurz im Auszuge folgen.

Breslau beschäftigte sich in zwei Versammlungen, am 30. April und am 12. Mai, mit der Tariffrage. In der ersten Versammlung wurde der Schiedspruch mit 261 gegen 67 Stimmen abgelehnt. In der zweiten Versammlung war von irgend welcher Sachlichkeit auch nicht die geringste Spur zu merken. Bei dem Tumult und dem wilden Durcheinander konnte ein klares Bild der Abstimmung nicht gewonnen werden.

Friedrichshagen stimmte nach einem Referat des Kameraden Wit-Berlin am 24. Mai dem Schiedspruch einstimmig zu.

Weimar. Eine am 9. Mai stattgefundene Versammlung nahm nach einem Referat des Kameraden Rudloff-Erfurt den Schiedspruch ohne Debatte einstimmig an.

Duisburg. Nach einem Referat des Kameraden Bringmann in der Versammlung am 12. Mai sprachen sich alle Diskussionsredner gegen Annahme des Schiedspruches aus. Dem Zentralvorstande wurde der Vorwurf gemacht, daß er, ohne die Mitglieder zu hören, dem Schiedspruch

zugestimmt habe. Eine Zustimmung zum Schiedspruch lehnte die Versammlung ab.

Mainz. Am Freitag, den 15. Mai, fand gleich nach Feierabend eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Gauleiter, Kamerad Kremser, einen Rückblick auf den Gang der Verhandlungen und deren Abschluß gab. Die Versammlung war mit dem Vorgehen des Zentralvorstandes einverstanden und erkannte an, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine bessere Lösung nicht möglich war.

Leipzig. Eine Versammlung am 15. Mai sprach sich scharf gegen den Schiedspruch aus und verurteilte die Zustimmung des Hauptvorstandes, ohne die Mitglieder gehört zu haben. Zur Annahme gelangte eine Resolution im obigen Sinne. Der Schiedspruch wurde abgelehnt.

Stettin. In der Versammlung am 3. Mai erstattete der Kamerad Michaelis den Bericht über die Tarifverhandlungen. Die Versammlung stimmte dem Schiedspruch zu und beauftragte die Lohnkommission, den Vertrag zu unterzeichnen.

Frankfurt a. M. Eine am 14. Mai tagende Versammlung lehnte einen Bericht über die Tarifverhandlungen ab und verlangte Berichterstattung von der Gaukonferenz, welche dem Schiedspruch zugestimmt hatte. Die Diskussion ließ an Sachlichkeit alles zu wünschen übrig. Den Delegierten der Gaukonferenz wie auch dem Hauptvorstand wurde eine Miße erteilt. Der Schiedspruch wurde mit 109 gegen 15 und 4 ungültige Stimmen abgelehnt. Die Hälfte der Versammlungsteilnehmer hatte des Tumults wegen die Versammlung bereits verlassen.

Gotha. In der Versammlung am 4. Mai gab der Vorsitzende ein kurzes Referat über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund in Eisenach und führte aus, daß der Schiedspruch in Berlin doch zu unseren Gunsten ausgefallen sei. Er forderte die Versammlung auf, dem Schiedspruch zuzustimmen, was denn auch einstimmig geschah.

Bielefeld. In einer sehr gut besuchten Versammlung am 15. Mai nahm die Zahlstelle Stellung zu den Tarifberatungen. Bei recht lebhafter Diskussion betonten mehrere Redner, daß der am 27. April in Berlin gefällte Schiedspruch auch nicht im entferntesten den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Bei der Abstimmung stimmten die Versammelten dem vorliegenden Vertragsentwurf zu. Der Vorsitzende forderte zum Schluß die Anwesenden auf, nunmehr nicht auf ihren Lorbeeren auszuruhen, sondern nach wie vor mit aller Energie und Ausdauer an dem weiteren Ausbau der Organisation, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, weiterzuarbeiten und ebenfalls für dessen finanzielle Stärkung zu sorgen.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 16 Abs. 2 des Statuts in Berlin: Karl Altsohn (047 592), Karl Goldmann (04 810), Paul Hinge (047 708), Karl May (080 031), Ernst Nibel (080 027), Georg Sommerberg (06 933); in **Nowa wes**: Otto Zinnow (3392).

Von der Broschüre: „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“ von A. Braun, haben wir noch eine Anzahl abzugeben. Der Preis beträgt pro Exemplar 40 ¢ und 10 ¢ für Porto. **Der Zentralvorstand.**

Quittung der Hauptkasse.

In der Zeit vom 1. bis 30. Mai gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Hauptkasse ein. (Die Beträge über eingedante Arbeitslosenunterstützungsquittungen sind nachstehend mit aufgeführt und mit einem Stern [*] bezeichnet.)
 Aus **Nachen** M. *94,75, **Ahrensböck** 100, **Ahrensburg** 309,10, **Allstedt** 61,30, **Altbaum** *46,25, **Altenburg** 275, *10, **Alt-Nahlfeld** *29, **Angermünde** *38,25, **Arneburg** 24,40, **Arnstadt** i. Rechn. 7,90, **Arnswalde** *139, **Asbach** *25, **Augsburg** *1, i. Rechn. 71,20, **Aurich** 90,85, **Bahn** 58,80, **Bamberg** *372,50, **Barmen-Glücksfeld** *86,25, **Baugen** 108,55, *18, **Bayreuth** *25,50, **Belgern** *22,50, **Bergeborf** *3,75, **Bergen a. Mügen** 90, **Berlin** *6485,25, i. Rechn. 500, **Bernaui** *52,50, **Beuthen a. d. O.** 9,35, **Bielefeld** *31,25, **Blankenburg a. Harz** 52,60, i. Rechn. 22,05, *10, **Bonn** 100, *44, **Brake** 4,70, **Bramfeld** *15, **Brandenburg** *7,25, **Braunsberg** *13,50, **Braunschweig** 270,80, *36,75, **Bremen** 1600, **Breslau** i. Rechn. 76,50, *659, **Burg a. Feßm.** *16, **Burgstädt** 150, **Burgbad** *36, **Cassel** *182, **Celle** i. Rechn. 39,40, **Chemnitz** 1600, **Colmar** i. Gl. 60, *66,50, **Cöln** *54,50, **Cöpenick** *22,50, **Cottbus** i. Rechn. 4,75, *30, **Crimmitschau** *15, **Croppenstedt** 13,70, **Cüstrin** *9, **Curhaven** 100, **Danzig** *1193,50, **Darmstadt** *170,75, **Delitzsch** i. Rechn. 15,84, **Dessau** *17,50, **Dieffen** 40, **Döbeln** 40, *26, **Domslau** *12, **Dortmund** *38,75, **Dresden** i. Rechn. 900, *5846, **Duisburg** 251,20, **Düsseldorf** *161,25, **Eberswalde** *36,75, **Eintracht** 100,80, **Eisenach** *8,75, **Eibing** *26, **Elfrich** *5, **Elmsborn** *71, **Elsterwerda** *27, **Emden** *12,50, **Enfheim** *22,50, **Erfurt** 500, **Erfen** *55, **Eutin** 120, **Festenburg** 6,15, **Flensburg** *6,25, **Flottbeck** *61,50, **Förste** *35, **Frankenthal** *7,50, **Frankfurt a. M.** i. Rechn. 576,55, **Frankfurt** 26,40, **Freiberg** i. S. 203,40, **Freiburg** i. B. *137,25, **Freiburg** i. Schl. *12, **Freyhan** 120,20, *72,75, **Frieda** *63, **Friedland** i. Schl. 16,90, **Friedrichshagen** 2,40, *142,75, **Friedrichsori** *45, **Fürstenwalde** *21,25, **Garz a. d. O.** *32, **Geeshacht** *22,50, **Gera** 250, **Glück** *54,75, **Gleiwitz** 39,45, **Alt-Glienide** *10, **Gnoin** 84,80, *1,25, **Golpab** 25,65, *135,25, **Gröblich** *14, **Goslar** *30, **Göttingen** *40, **Greifenhagen** 21,90, **Greifswald** *77, **Greiz** *6, **Grevesmühlen** *12, **Grinma** 109,50, **Grimmen** i. B. i. Rechn. 15,65, **Gr.-Zimmern** *30, **Grünberg** i. Schl. *49, **Gumbinnen** 150, *22,50, **Güterlosh** 122,85, **Hagen** i. B. *13,75, **Hagenow** *21,25, **Halberstadt** *3,75, **Halle** 200, *190,50, **Hamburg** 600, *2193,50, **Hammer** i. B. *62,50,

Hannover 800, *120,25, Heide 16,70, Heidenheim 18,85, Hermsdorf i. S. 50,70, Herzberg *4,50, Hildebrand *3,75, Hirschberg 285,50, *39, Hof i. Rechn. 44,25, *8,25, Hohenfalza 180,95, *22,75, Holzhausen 36,10, Holzhausen — 75, *45, Hundsfeld i. Schl. *12, Hulsum *158,25, Jüterbog *7,50, Kalfberg 11,95, Kempen 76,05, Kiel i. Rechn. 825,95, *1036,50, Kolberg *159,75, Königsberg 600, *181,75, Königsbrück 62,30, König *3, Konstanz *18, Landsberg a. d. W. 200, Landeshtut i. Schl. 3,40, Langenfalza 120, Lauf 58,40, Leer *7,50, Lehe-Geestemünde 500, *29,75, Leipzig i. Rechn. 307,40, *289,75, Leisnig *2, Lichtenstein 29,40, *6,75, Liebenburg 21,41, Liegnitz *28,50, Limbach 45,90, Löbnitz i. Rechn. 25, *16, Lörrach 93, *30, Lübeck i. Rechn. 47,80, *135, Lüben i. Schl. 40,50, Lützenwalde 125, *2,50, Ludwigshafen *92, Ludwigslust 18,95, *21,50, Lützen 120, Lyck *2, Magdeburg 1600, *37,50, Mainz *4, Mannheim i. Rechn. 400, *3,75, Marienwerder *10, Marburg *62, Metz *11, Mißlich 61,90, Minden i. W. *11, Mirow *6, Mühlacker 14,15, Mühlheim a. d. R. *36, Mühlhausen i. G. i. Rechn. 126,02, *111,25, München i. Rechn. 521,60, *40,50, München-Grabbach 142,75, *26, Münster i. S. *6,75, Muskau 65,45, Naun *18,75, Neubrandenburg *6, Neuminster 253,60, Neurode i. Rechn. 6,40, Neu-Ruppin *10, Neustettin *245,25, Nordenham 250,80, Nossen 97,40, *35, Nowames *38,75, Nürnberg 276, i. Rechn. 424, *134,75, Oberachern 22,05, *39, Oberhausen *32,25, Oberrennersdorf 75,25, *23, Ober-Salzbrunn *24, Oels *20, Oltau *4,50, Oldenburg *106,75, Oramenburg *15, Oschersleben *4,50, Partienkirchen *27, Paffau 78,10, Peßterwitz *40, *56,75, Pfarrkirchen 132,65, *36,75, Pinnberg 100, *22,25, Plauen 305, *8, Posen i. Rechn. 30, *531,25, Potsdam 762,70, i. Rechn. 25,15, *12, Quadenbrück 16,50, Raftenburg 40,05, *252, Mathenow 252,55, i. Rechn. 32,10, *17,50, Recklinghausen 47,85, Reck 14,65, Regensburg *5,25, Reichenbach i. W. 100, Reichenbach *38,75, Reinbel *22,50, Rendsburg 80, *10, Neppen 25,60, *9, Riesa i. Rechn. 26,60, *13,50, Röbel *7, Rohwein 100, *4, Rosdorf *22,50, Roth 12,40, Rheinsberg *12,75, Saarbrücken *31,50, Salungen *24,50, Sand *21,50, Scharitz *265, Seehausen *13, Semb *45, Senftenberg 89,35, Sengen *12, Sonneberg 16,10, Spandau 300, *156,75, Swinemünde 113,10, *840,25, Suhl 5, Schönheide 10, Schwaan 80, Schwabach *1,25, Schwarzenberg *58,50, 3, Schweidnitz 30, i. Rechn. 36,60, *48,50, Schwerin *15, Stabe 140, Stadthagen —, 90, Steinbeil *139,75, Stettin *676,50, Straßburg i. Westpr. 31,80, Straßburg i. Ostpr. 351,80, *59, Straubing i. Rechn. 18,80, Stuttgart 606, i. Rechn. 11,40, Tarnowitz 5,90, i. Rechn. 15, Tefsin *8, Thorn *38,75, Tilsit *40, Timmenrode *27, Tondern i. Rechn. 4,65, Torgau *7,50, Torgelow 11,15, *6, Uckermark *27, Uelzen 170, Uetersen 22,50, *20, Waken *22,50, Wartendorf 10,55, *19, Wanzleben —, 90, Waren *12, Warnemünde 50, Weißenfels 130, Weißwasser 15,55, Wernigerode *57,50, Wilhelmshafen *120,25, Wismar a. d. R. 100, *5, Wittenberg, Bez. Halle, *47,50, Wolgast 82, *39, Wongrowitz 121,05, *113, Worms *7,50, Wreschen 87,20, Wriezen 26,90, Würzburg *42, Zahna 6, Zäckerick *3,75, Zella *28,50, Zerbst *9,75, Zittau *15, Zossen *87,50, Einzelzahler der Hauptkaffe 298,68, Zinsen 2684,45.

Arbeitslosenunterstützungen

wurden im Monat April nach den beim Unterzeichneten eingegangenen Quittungen folgende verausgabt:

In 198 Zahlstellen an 2403 Mitglieder	
Für 1631 Tage à 75 %	M. 1223,25
" 5492 " à 100 "	" 5492,—
" 16597 " à 125 "	" 20746,25
Für 23720 Tage	M. 27461,50

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Sachsa und Schwabach.
Gesperert sind in Flensburg-Mürwik die Firma Brink, in Raxhütte i. Th. das Geschäft von Voigt, in Dels i. Schl. der Kirchenneubau (Unternehmer Bindemann-Langenbielau), in Waldkirch i. Baden das Geschäft von Baier und in Wendelstein b. Nürnberg das Geschäft von Hölflritsch.

Oesterreich.

Gestreckt wird in Bozen, Chudenitz, Raaden, Königsberg a. d. G., Kolin, Niemens und St. Pölten. Ausgesperrt sind die Zimmerer von Klagenfurt.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Eßtergom, Nagykanizsa, Kecskemet, Gyöngyös, Eged, Droschaza, Kispest, Szekesfehewar, Arad, Affod, Mató, Rakoszentmihaly, Pápa, Miskolc, Kisvárdá, Zombor, Rassa, Komárom, Zalaegerseg, Ujverbás, Balánka, Szarvas, Törökentmiklós, Nagybacskefer, Kiskőhely, Nagykaroly, Zenta, Hódmezővásárhely und Mindzent.

Schweiz.

Zuzug ist streng fernzuhalten von den Plätzen Boller in Aster und Kiefterer-Alsmus in Basel und Bern.

Bausperre in Wandsebel (Zahlstelle Hamburg). Der Unternehmer Seifert aus Bramfeld weigert sich, an einem im Wandsebel Gebiet liegenden Bau den Lohn von 80 % zu zahlen. Er beruft sich auf den für Bramfeld gültigen Tarif. Obgleich nun die Kommission, die 1906 diesen Tarif vereinbarte, in einer Sitzung sich dahin entschied, daß an der fraglichen Baustelle der Lohn von 80 % gezahlt werden müsse, hielt Seifert seine Weigerung aufrecht. Die Baustelle ist deshalb gesperrt worden.

Differenzen in Flensburg-Mürwik. Neben anderen Unternehmern hat in Mürwik auch die Firma Brink aus

Flensburg Arbeiten auszuführen. Während erstere den dort beschäftigten Zimmerern einen Lohnzuschlag von 5 % pro Stunde zahlte, lehnt das die Firma Brink beharrlich ab, obgleich sie wiederholt ersucht wurde, ebenfalls den Zuschlag zu gewähren. Die Kameraden haben deshalb zu arbeiten aufgehört und sind abgereist. Will die Firma Zimmerer haben, dann wird sie sich dazu verhalten müssen, dem gestellten Verlangen zu entsprechen. Tut sie das nicht, dann wird sie letzten Endes überhaupt auf die Arbeiten verzichten müssen.

Platzstreik in Dresden-Löbtau. Wegen Nichterhaltung der tariflichen Abmachungen bezüglich des Lohnes ist das Geschäft von Franz Tröster in Löbtau gesperrt. Vier Kameraden sind an der Sperre beteiligt. Es gelang ihnen indes, sofort anderweitig Arbeit zu bekommen.

Forderungen in Glauchau. Eine Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 40 % fordern die Kameraden in Glauchau. Die Forderung ist der Innung zugestellt und Antwort bis 4. Juni erbeten worden.

Tariffündigung in Lindau i. B. Die Unternehmer in Lindau haben den zum 1. Juli d. J. ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. Welche Stellung sie zu dem Abschluß eines neuen Vertrages einzunehmen gedenken, steht dahin. Zu erwarten ist indes, daß sie versucht werden, dem allgemeinen Vertragsmuster Anerkennung zu verschaffen.

Streik-Ende in Quersfurt. Nach knapp acht tägiger Dauer ist der Streik in Quersfurt abgebrochen worden. Nach Lage der Sache war es das Beste, so zu handeln. Ein Erfolg wäre wohl kaum erzielt worden, auch wenn der Streik noch längere Zeit gewährt hätte. Ihm fehlte von vornherein die Geschlossenheit, ohne welche ein erfolgreicher Kampf überhaupt nicht denkbar ist. Die Zahl derjenigen, die nicht in den Zustand traten, war eine nicht unerhebliche. Sie vergrößerte sich noch dadurch, daß gleich nach Beginn des Streiks fünf Mann arbeitswillig wurden. Die Position war für unsere Kameraden somit die denkbar ungünstigste. Wo noch ein Druck ausgeübt werden konnte, nämlich beim Nichten eines Baues, half eine Anzahl Maurer aus, so daß auch diese Hoffnung zu Schanden wurde. Die Wiederaufnahme der Arbeit machte diesen Zuständen ein Ende.

Die Differenzen in Mensehitz, in dem Betongeschäft von Rother, sind beigelegt. Die Firma hat die Zusage gemacht, für bessere Behandlung der Zimmerer Sorge tragen zu wollen. Anfangs sträubte sie sich allerdings gegen das Verlangen, alle an der Arbeitsniederlegung beteiligt gewesenen Kameraden wieder einzustellen. Sie mußte indes ihren Widerstand bald aufgeben und dem gestellten Verlangen entsprechen.

Streik-Ende in Wisselhövede (Zahlstelle Walsrode).

Am 26. Mai fanden unter Vorsitz des Bürgermeisters Verhandlungen statt. Sie zeigten folgendes Ergebnis. Der Lohn bleibt für dieses Jahr auf 40 % stehen. Er steigt am 1. Januar 1909 auf 42 %. Die Arbeitszeit soll eine Veränderung nicht erfahren; sie beträgt 10 1/2 Stunden. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Zimmerer bis dahin auch 10 1/2 Stunden gearbeitet hatten und nicht 10 Stunden. Obgleich das Ergebnis ein recht mageres ist, haben unsere Kameraden sich für dessen Annahme entschieden, weil ein weitergehender Erfolg im gegenwärtigen Augenblick schwerlich zu erzielen gewesen wäre.

Der Platzstreik in Löhnitz ist beendet. Der Unternehmer Gollnow in Brunn hat den Löhnitzer Tarif unter schriftlich anerkannt, worauf die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

Ende der Platzstreiks in Meissen und Bautzen. In Meissen ist es gelungen, die Firma Berndt Söhne zur Anerkennung der zehnständigen Arbeitszeit zu bewegen, ebenso zur Zahlung der Zuschläge für Ueberstunden. Die Sperre in Bautzen über dieselbe Firma ist gegenstandslos geworden dadurch, daß sich Arbeitswillige in ausreichender Zahl fanden. Ein Druck konnte hier nicht mehr ausgeübt werden.

Die Differenzen in Selb in Bayern sind beigelegt. Es ist eine bessere Behandlung zugesagt worden und außerdem sind Tarifverhandlungen in nahe Aussicht gestellt.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Quersfurt vom 11. bis 20. Mai 1908.

Einnahme.	
Aus der Hauptkaffe	M. 145,—
" " Lokalkasse	" 6,79
Summa	M. 151,79
Ausgabe.	
An Streikunterstützungen	M. 128,45
" Reiseunterstützungen	" 16,50
Für Porto und Schreibmaterial	" 6,84
Summa	M. 151,79

Die Richtigkeit beglaubigen:
R. Jähne. Reinhold Lange. E. Schmidt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bromberg. Am 19. Mai fand eine von 48 Zimmerern besuchte Mitgliederversammlung statt. Kamerad Jünger hielt einen interessanten Vortrag über „Die gegnerischen Gewerkschaften“. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Kamerad Weckmüller richtete hierauf noch einige mahnende Worte an die Anwesenden, sie zur regen Tätigkeit für die Organisation auffordernd. Sodann gelangten Mißstände auf den Plätzen zur Sprache. Eine Anfrage, ob im Tarif für Karboliteumarbeiten ein Zuschlag von 10 % vorgelesen sei, wurde verneint. Es wurde beschlossen, daß auf allen Plätzen Delegierte zu wählen seien, denen die Aufgabe zufällt, den Vorstand von allen Unregelmäßigkeiten in Kenntnis zu setzen, damit dieser für Abhilfe sorgen kann. Dem Schriftführer wurde eine Klage erteilt, weil er seine Pflicht vernachlässigt hatte. Dann wurde noch auf den in der letzten Versammlung gefaßten Beschluß aufmerksam gemacht, wonach für

die Versammlungskontrolle ein Buch angeschafft wird. Wer während eines Jahres dreimal ohne genügenden Grund den Versammlungen fern bleibt, dem wird das Ehrenrecht entzogen. Ein Antrag auf Abhaltung eines Vergnügens in nächster Zeit wurde angenommen. Mit einem Hoch auf die Zimmererbewegung erfolgte Schluß der Versammlung.

Liegnitz. Unsere Mitgliederversammlung im Mai fand im Gewerkschaftshaus, Hinterbleiche, statt. 30 Mitglieder waren erschienen. Der Vorsitzende referierte sehr eingehend über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe, wobei er auch den diesjährigen Tarifverhandlungen Erwähnung tat. Er teilte ferner mit, daß in einem hiesigen Baugeschäft zwei Kameraden die Arbeit niedergelegt hätten, weil ihnen der Lohn von 42 % nicht gezahlt worden sei. Diese Angelegenheit wurde nach längerer Beratung dem Vorstande zur Regelung überwiesen. Von einem Schreiben aus Jędnitz, worin zu Sammlungen für den Bau eines Gewerkschaftshauses aufgefordert wird, wurde Kenntnis genommen. Eine Sammlung vorzunehmen, wurde abgelehnt. Kamerad Zobel erläuterte noch die Einrichtungen der Zentralfrankenkasse und forderte zum Beitritt auf. Dann wurde noch auf die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag hingewiesen.

Mühlhausen i. G. Unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung am 9. Mai war schwach besucht. Der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten folgte der Vorstandsbericht, der vom Vorsitzenden erstattet wurde. Er behandelte in der Hauptsache den Streik in Thann, der abgebrochen werden mußte, weil ein Erfolg unter den abwaltenden Umständen nicht mehr zu erwarten gewesen sei. Das Verhalten der Polizei, der Geschäftsleute usw. habe die Fortsetzung des Streiks wesentlich erschwert. Ja, selbst die Frauen der Streikenden hätten ihre Männer beeinflusst, den Streik aufzuheben. Trotz alledem habe man die Hoffnung nicht aufgegeben, daß im Laufe des Jahres doch noch etwas zu erringen sei, wenn der Zuzug nach Thann ferngehalten werde. Der Vorsitzende erwähnte ferner, daß einige Kameraden, die bei hiesigen Unternehmern beschäftigt seien, es unterlassen hätten, dem Vorstand mitzuteilen, daß ihnen der tarifmäßige Lohn nicht gezahlt werde. Eine lebhaftere Diskussion entspann sich über das Fernbleiben eines großen Teiles von Kameraden von den Versammlungen. Namentlich einzelne Klagen seien fast gar nicht vertreten. Eine starke Laune herrsche besonders unter den Kameraden der Firma Michinger. Es wurde beschlossen, baldigst eine Platzversammlung zu veranstalten. In „Verschiedenes“ wurde noch herangezogen, daß einzelne Unternehmer es sich zur Aufgabe gemacht hätten, die leitenden Personen am Orte systematisch zu schädigen durch Maßregelung usw. Kamerad Gulbe betonte noch, daß es lediglich dem Verbanne zu danken sei, wenn wir heute geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten. Daraus erwache uns auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Verband noch weiter ausgebaut werde. An Stelle eines erkrankten Kolporteurs wurde eine Ersatzwahl vorgenommen. Dann wurde bekannt gegeben, daß in nächster Zeit Kamerad Schilling-Mannheim in einer Mitgliederversammlung referieren werde.

Am 23. Mai tagte abermals eine Mitgliederversammlung, die ebenfalls sehr schwach besucht war. Sie darin zum Ausdruck kommende Interesselosigkeit wurde allgemein beklagt und vom Vorstand scharf getadelte. Das Wiederaufnahmegesuch eines im Vorjahre wegen Schulden gestrichenen Kameraden wurde genehmigt unter der Bedingung, daß der Betreffende die im Protokoll vom 9. Februar 1902 enthaltenen Beschlüsse anerkennt. Hierauf wurde der Kartellbericht zur Kenntnis genommen und für einen abgereichten Kartelldelegierten ein neuer gewählt. Von einem Schreiben des Zentralvorstandes wurde ebenfalls Kenntnis genommen. Der Prozeß der hiesigen Zahlstelle mit einer Mainzer Firma ist zu unseren Gunsten durchgeführt worden. Ein Bericht von der Platzversammlung Michinger wurde beifällig aufgenommen. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, für einen seit längerer Zeit erkrankten Kameraden Sammelstätten zu rufen, da die Lokalkasse sehr erschöpft ist. Die Wahl eines Materialverwalters wurde bis auf weiteres vertagt. Nach Erledigung weniger wichtiger Punkte erfolgte Schluß der Versammlung.

Posen. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung vom 7. Mai fand im Lokale des Herrn Smyskowski, Kronprinzstraße 104, statt. Der Besuch ließ sehr zu wünschen übrig. Kamerad Bergemann erstattete Bericht über unsere Tarifbewegung. Er gab ein Schreiben der Arbeitgeber zur Kenntnis, wonach vom 16. Mai ab der Lohn von 52 1/2 % pro Stunde gezahlt werden solle. Die Kameraden möchten nun aber auch Sorge tragen, daß von sämtlichen Unternehmern die Abmachungen eingehalten würden. Diejenigen Unternehmer, die sich dessen weigern, werde man vor das Gewerbegericht zitieren. Sollten daraus Differenzen entstehen, oder gar Kameraden dieserhalb von ihren Meistern ausgesperrt werden, so müsse die Organisation für sie eintreten. Die Versammlung schloß sich diesen Ausführungen vollinhaltlich an. Sie beschloß, daß für den Fall einer Ausperrung zum Zwecke der Unterstützung der davon Betroffenen ein freiwilliger Beitrag von 50 % pro Woche erhoben werden solle. Unter „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, den Versammlungskalender zu vervollständigen, damit ihn sich jedes Mitglied ins Buch hineinkleben könne.

Soltau. Einen sehr schlechten Besuch wies unsere Mitgliederversammlung am 23. Mai auf. Ein Zeichen von großer Interesselosigkeit, die man eigentlich jetzt, nachdem erst vor kurzem ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden ist mit 2 % Lohnerhöhung pro Stunde und Jahr, nicht vorfinden sollte. Nach wie vor haben alle Kameraden die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Organisation auf der Höhe bleibt, damit die errungene Position auch behauptet werden kann. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Frage der Erhebung von Extramarke besprochen. Kamerad H. legte dar, wie es gegenwärtig um unsere Klassenverhältnisse bestellt sei. Die Versammlung beschloß, daß jedes Mitglied im zweiten Quartal drei Extramarke zu kaufen habe, um die Lokalkasse zu stärken. Zum Schluß wurden noch Internas erledigt.

Sterbetafel.

Nürnberg. Am 26. Mai starb unser braver Kamerad Johann Stöcklein aus Ebermannstadt im Alter von 26 Jahren.



Baugewerbliches.

Ein Haus einsturz in Heffeld. Ein schweres Unglück ereignete sich in Heffeld in Baden. Dort sollte ein dem Landwirt Valentin Klingert gehöriges Wohnhaus um 60 cm gehoben werden. Die Arbeit hatte der Zimmermeister Preiß aus Unterschöppf auszuführen. Man bediente sich zur Hebung 16 Stodwinden, an denen je ein Mann beschäftigt war. Innerhalb kurzer Zeit hatte man das Haus auch schon auf ein Drittel der beabsichtigten Höhe gebracht, als die Mittagspause eintrat. Nach Wiederaufnahme der Arbeiten am Nachmittag setzte man zunächst Stüchhölzer unter das gehobene Haus und ließ die Winden zurückschnellen. Nachdem man nun aber die weitere Hebung mit den Winden abermals aufnehmen wollte, rutschte das Dachwerk auf der vorderen Seite um einen Meter nach links. Durch den dadurch erfolgten Druck verloren die Winden ihren Stützpunkt, und das Dach stürzte in sich zusammen. Der größte Teil der Arbeiter — im ganzen waren etwa 25 Mann tätig — konnte sich durch einen Sprung in den Keller oder in den Stall retten; immerhin blieb fast niemand unverletzt. Unter den Krümmern begab und tot herabgezogen wurden der 28jährige ledige August Melein sowie der 23jährige Schmied Adolf Stapp; schwer verletzt wurde der 26jährige Stephan Unninger, der gleich darauf starb. Der 45jährige Landwirt Ludwig Hellingner konnte aus den Trümmern noch lebend hervorgezogen werden, und es besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Erhebliche Verletzungen am Arme trug der verheiratete Joseph Weber davon, der verheiratete Alois Schred erlitt einen Bruch des Wadenbeines. Die übrigen am Bau Beteiligten trugen mehr oder weniger gefährliche Quetschungen und Hautabschürfungen davon. Der ledige 65jährige Lorenz Spieß, welcher Augenzeuge des Unglücks war, erlitt einen Schlaganfall, an dem er gleich darauf starb.

Sozialpolitisches.

Der vierte deutsche Krankenkassenkongress tagte am 11. und 12. Mai in Berlin. Er galt in erster Linie der Abwehr reaktionärer Anschläge auf die Krankenkassen, wie die Befestigung der Selbstverwaltung usw. Etwa sieben Millionen Versicherte waren durch 1115 Delegierte vertreten. 764 Kassen und 45 Kassenverbände hatten den Kongress besichtigt. Die Regierung hatte es nicht für nötig erachtet, Vertreter zu entsenden. Der Kongress gestaltete sich zu einer wichtigen Protestkundgebung gegen alle auf eine Beschränkung und Aufhebung der Selbstverwaltungsrechte der Krankenkassen gerichteten Bestrebungen. Er führte klar und unzweideutig den Nachweis, wie notwendig die Selbstverwaltung für die soziale Entwicklung und Wirksamkeit der Krankenkassen ist. In diesem Punkte herrschte völlige Uebereinstimmung zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber, was in der Debatte über die Referate, die von dem Arbeitersekretär Bauer und dem Vorsitzenden der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin, Alb. Kohn, gehalten wurden, zum Ausdruck kam. Als eine große Gefahr für die soziale Entwicklung des Krankenkassenwesens wurde es bezeichnet, wenn beamtete Vorstände an die Spitze gestellt würden. Der Vorsitzende müsse ein Mann des Vertrauens sein. Von Vertretern der Arbeitgeber wurde die von einem Teile der Presse aufgestellte Behauptung, wonach es sich bei dem Kongress lediglich um einen sozialdemokratischen Kassenkongress handle, in der schärfsten Weise zurückgewiesen. Es sei einfach nicht wahr, wenn gesagt werde, daß die Sozialdemokraten die Krankenkassen beherrschten; so führte ein Vertreter der Arbeitgeber aus. In den zurückgebliebenen Gegenden gelte ein jeder, der praktisch für den Fortschritt der Krankenversicherung tätig sei, als Sozialdemokrat. Unter den 321 Arbeitgebervertretern, die der Kongress zähle, sei kein einziger Gegner der Selbstverwaltung. „Mit den Arbeitern aus allen Gauen kämpfen wir für Selbstverwaltung und Zentralisation.“ So und ähnlich klang es aus dem Munde der Arbeitgeber, so daß die Regierung nicht daran zu zweifeln braucht, daß alle Versicherten und alle sozialpolitisch einsichtigen Arbeitgeber einer Beeinträchtigung der Selbstverwaltung den härtesten Widerstand entgegenzusetzen werden. Das wurde von dem zweiten Referenten auch ausdrücklich konstatiert.

Aber nicht lediglich als eine Protestkundgebung ist der Kongress anzusehen. Ihm lag auch die Pflicht ob, Stellung zu nehmen zur Reform der Arbeiterversicherung. Und auch dieser Pflicht hat er genügt. Das war notwendig, besonders in einem Augenblick, wo die seit Jahr und Tag in Regierungskreisen gepflogenen Erwägungen endlich greifbare Gestalt anzunehmen scheinen. Der Kongress hat eine Reihe von Leitfäden aufgestellt, worin ausgedrückt wird, wie eine Reform der Arbeiterversicherung ausfallen muß, wenn die Interessen der Versicherten — und diese kommen doch in allererster Linie in Betracht — wahrgenommen werden sollen. Möge die Regierung aus dem Verlauf des Kongresses den Schluß ziehen, von wie verhängnisvollen Folgen es sein kann, wenn sie sich von den Plänen der Scharfmacher, die offen zu Tage liegen, einfangen läßt. Und den Arbeitern sei der Kongress eine Mahnung, den Widerstand zu organisieren, damit sie gegebenenfalls sich einer Entrechtung erfolgreich erwehren können.

Wir lassen die Beschlüsse des Kongresses nachstehend folgen:

I. „Die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung.“

Eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherung ist dringend notwendig. Dabei müssen folgende Grundsätze beachtet werden:

I. Organisation.

1. Wenn auch die Zusammenlegung aller Zweige der Versicherung nach wie vor erstrebenswert ist, so ist auf alle Fälle ihre organische Verbindung vordringlich.
2. Zur Durchführung der gesamten Versicherung sind allgemeine Versicherungsanstalten für räumlich abgegrenzte Bezirke zu errichten. Zur Erleichterung des Verkehrs sollen Zweigverwaltungsstellen je nach Bedarf errichtet werden.
3. Selbstverwaltung auf breiter Grundlage.
Für den Fall, daß die Zusammenlegung der Arbeiterversicherung nicht zu stande kommt: Zentralisation der

Krankenversicherung; gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte; Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenversicherungsformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken.

II. Verwaltung.

Die Arbeiterversicherung den Versicherten unter berechtigter Mitwirkung derjenigen, welche zu den Lasten der Versicherung beitragen.

Ausgehend von diesem Grundsatz sind die Verwaltungskörperschaften so zu organisieren, daß den Versicherten der maßgebende Einfluß eingeräumt wird.

a) Für die Krankenversicherung ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen unter Befestigung der daselbe beschränkenden Bestimmungen (§§ 42, 4, 56 a R.-V.-G.) zu fordern.

Die Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge in der Absicht, eine paritätische Organisation der Kassenverwaltungen herbeizuführen, ist zu verwerfen.

b) Unfallversicherung. Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung.

Die Rentenfeststellung ist einer unparteiischen Stelle unter Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu übertragen.

c) Invalidenversicherung. Die Vertretung der Versicherten ist auszugestalten.

Die bevorrechtigte Stellung der beamteten Vorstandsmitglieder ist zu beseitigen, den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber der ausschlaggebende Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen.

III. Wahlverfahren.

Die in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber sind in direkter und geheimer Wahl, auf Grund des Proportionalwahlsystems, zu wählen.

IV. Erweiterung des Kreises der Versicherten.

Ausdehnung aller Zweige der Arbeiterversicherung auf alle erwerbstätigen Personen mit einem Arbeitseinkommen bis zu M 5000.

Für die aus der Zwangsversicherung ausscheidenden Personen Zulassung zur freiwilligen Weiterversicherung.

V. Ausbau der Leistungen und Befugnisse.

A. Krankenversicherung.

Intensivste Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihrer Angehörigen auch in bezug auf die Prophylaxe.

Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, für die Betriebe hygienische Vorschriften zu erlassen und die Durchführung derselben sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu kontrollieren.

B. Invalidenversicherung.

Ausgestaltung der Invalidenversicherung zu einer Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung.

1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst M 5000 nicht übersteigt.

2. Unzulässigkeit aller privaten Erbschaftsinstitute.

3. Anerkennung der Berufsinvalidität.

4. Die Kosten sind zu gleichen Teilen aufzubringen durch das Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Belastung des Reiches ist aus direkten Reichssteuern zu bedecken.

5. Die Zahl der Beitragsklassen ist auf zehn zu erhöhen, entsprechend der Erweiterung der Verdienstgrenze.

C. Unfallversicherung.

Entschädigung ist zu gewähren im Falle eines Unfalles, mag derselbe durch die Folgen der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens verursacht sein, wobei chronische Gewerbetraufheiten als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen sind. Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften beginnt mit dem Tage des Unfalles. Die Leistungen sind auszugestalten.

Streitigkeiten.

Einheitlichkeit des Rechtsweges für die gesamte Arbeiterversicherung (Schiedsgerichte, Reichsversicherungsamt). Gewährung der Rechtshilfe für alle Träger der Arbeiterversicherung.

II. „Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung.“

In noch höherem Maße wie die übrigen Arbeiterversicherungsgefeße bedarf die Krankenversicherung der Selbstverwaltung, welche bei ihr ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden kann.

Die Unterstützungen, welchen die Krankenkassen bereits gegenwärtig obliegen, sind derart, daß sie sofort geleistet werden müssen, wenn sie den Zweck erreichen sollen, den Kranken einerseits zur möglichst raschen und nachhaltigen Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu verhelfen, andererseits eine verhängnisvolle Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Kranken möglichst hintanzuhalten.

Dabei kommt heute noch in Betracht, was bereits in der Begründung des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, 1882 ausgesprochen wurde. Die Voraussetzungen des Krankenunterstützungsanspruches und namentlich seiner Fortdauer sind derart, daß sie nur von solchen Organen mit Sicherheit beurteilt und kontrolliert werden können, welche den in Betracht kommenden Verhältnissen nahestehen und die Voraussetzungen der Unterstützungsansprüche und die Bedingungen ihrer Fortdauer an Ort und Stelle selbst festzusehen im stande sind.

Es erscheint dringend notwendig, daß die Krankenkassen immer mehr auch eine rege prophylaktische Tätigkeit entfalten; je intensiver das geschieht, um so mehr ist auch dann die Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage nötig, da nur sie in der Lage ist, den verschiedenen Lebensstellungen, Beschäftigungen und örtlichen Verhältnissen sachgemäß Rechnung zu tragen.

Eine gezielte, nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern zur Förderung der Volksgesundheit notwendige Entwicklung der Krankenversicherung ist nur zu erwarten von großen, korporativen, auf Selbstverwaltung beruhenden Verbänden der Versicherten.

III. Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Der am 11. und 12. Mai 1908 in den „Germaniasälen“ zu Berlin tagende Vierte Allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands protestiert gegen die Bestrebungen auf Schaffung einer „besonderen Kasseneinrichtung“ für die Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung der Privatbeamten, und ersucht das Reichsamt des Innern, sowie Bundesrat und Reichstag, diesen Bestrebungen nicht Folge zu leisten.

Der Kongress fordert die Herbeiführung einer erhöhten Fürsorge für die gesamte lohnarbeitende Bevölkerung, und sieht daher den besten Weg zu der gewünschten Versicherung im Ausbau und in der Ausdehnung des bestehenden Invalidengesetzes auf den ganzen Kreis der Arbeiter und Angestellten gemeinsam. Die maßgebenden Instanzen bittet der Kongress durch einen Beschluß in diesem Sinne eine weitere Zerspaltung unserer Arbeiterversicherungs-gesetzgebung zu verhüten.

IV.

Der Vierte Kongress der deutschen Krankenkassen richtet an die gesetzgebenden Körperschaften, insonderheit an die Regierung, als eine unabweihsame Forderung des Kongresses, das Ersuchen, bereits zu den vorbereitenden Arbeiten für die Reform der Arbeiterversicherung bezw. der Krankenversicherung die Vertreter der Krankenkassen hinzuzuziehen.

Ganz besonders ist es sachdienlich und notwendig, die Kassenvertreter vor Abschluß der Regierungsvorlage zur gutachtlichen Äußerung und Begründung der Anforderungen der Versicherten heranzuziehen.

Literarisches.

Lothar Abels allgemeiner Bauarbeiter. Zweite, umgearbeitete und ergänzte Auflage, von den Ingenieuren und Architekten Toni Krones und Rudolf Rambaufel Edler b. Kautenfeld. — Das Werk erscheint in 22 Lieferungen zu 90 Heller = 75 $\frac{1}{2}$ = 1 Frank = 45 Kopfen. Auch schon komplett gebunden 22 Kronen = 20 M. = 26,70 Frank = 12 Rubel. (W. Carllebens Verlag in Wien und Leipzig.)

Im Verlag von J. F. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Josef Diezgen, Erkenntnis und Wahrheit.** Des Arbeiterphilosophen universelle Denkwiese und naturmonistische Anschauung über Lebenskunst, Dekonomie, Philosophie, Religion und Sozialismus. Zu seinem zwanzigsten Todesstag gesammelt und herausgegeben von Eugen Diezgen. XVI und 428 Seiten. Preis brosch. M. 4, elegant geb. M. 5.

In dem vorliegenden Werke bietet der Herausgeber Eugen Diezgen den literarischen Nachlaß seines Vaters dar. Die Sammlung besteht in erster Reihe in der Wiebergabe von Privatbriefen, die, wie der Herausgeber in dem Begleitwort sagt, „Josef Diezgen nicht nur in Hemdsärmeln, sondern splitternackt“ zeigen. Außerdem finden wir in der Ausgabe 15 Briefe über Logik, die sich im Anschluß an die „speziell demokratisch-proletarische Logik“ (Stuttgart 1903) mit der politischen Dekonomie befassen. Ferner enthält das Werk zahlreiche, teilweise noch ungedruckte Aufsätze über Philosophie, Religion und Sozialismus, die ein lebhaftes Interesse erregen dürften. Die „Briefe über Sozialismus an eine Jugendsfreundin“ wirken in ihrer originellen Art erfrischend auf den Leser. — Der Anhang ist polemischer Natur; er besteht in Kritik und Antikritik des „Diezgenismus“.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 8. Juni:

Glückstadt: Abends 8 Uhr bei Ch. Mint, Am Markt. — **Wismar:** Abends 8 Uhr in der „Hansa“.

Dienstag, den 9. Juni:

Warmen = Oberfeld: Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus in Warmen, Parlamentstr. 5. — **Elmsborn.** — **Hilbeheim:** Abends 6½ Uhr bei Wiehe, Brühl. — **Mühlheim a. Rh.:** Abends 9 Uhr im „Kreuzerbräu“, Wallstr. 56. — **Offenbach.** — **Potsdam:** Abends 8½ Uhr bei Wwe. Glaser, Kaiser Wilhelmstraße 38. — **Wiesbaden:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 10. Juni:

Einbeck: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Enden:** Abends 8 Uhr in „Velleue“. — **Freiberg:** Zahlabend im Restaurant „Union“. — **Görlitz:** In „Stadt Hamburg“. — **Langenbielau:** Bei Ad. Kunze, „Kaiser Friedrich“, 2. Bezirk. — **Schwerin:** Abends 8 Uhr.

Donnerstag, den 11. Juni:

Neumünster: Bei Burg, Blünerstr. 7. — **Schleswig:** Bei Paulsen, Domziegelhof 14. — **Wanne:** Abends 8 Uhr bei Homburg, Schulstr. 9.

Freitag, den 12. Juni:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfhagerstraße 5/7. 1. Et. — **Eisenach:** Nach Feierabend im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. 147. — **Jena:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, „Zum Löwen“.

Sonnabend, den 13. Juni:

Ansbach: Abends 7½ Uhr im Gasthaus „Zum Bischof“, Schloßstr. 33. — **Bad Nauheim:** Jeden Sonnabend, gleich nach Arbeitsluß, Zahlabend im Lokal „Zur Wilhelmshöhe“. — **Bochum:** Abends 8 Uhr bei Diekenbrod, Große Weststr. 21. — **Bruchsal:** Nach Arbeitsluß. — **Burg b. Magdeburg:** In der Herberge. — **Darmstadt:** Abends 8½ Uhr bei J. Wolf, Kleine Vergir. 9. — **Eisenberg:** In Heinecks Gasthaus. — **Frankenthal:** Nach Arbeitsluß im Gasthaus „Zum Bräutkopf“. — **Freiberg:** Jeden

Sonnabend, gleich nach Feierabend, Zahlabend im Lokal „Zur Konfordia“. — **Gelsenkirchen:** Abends 8½ Uhr bei Ingenhag, Hochstraße. — **Sagen i. W.:** Abends 8½ Uhr im Volkshaus, Wehringhäuserstr. 39. — **Serne:** Abends 8½ Uhr bei N. Womn, Wochumerstr. 7. — **Höchst:** Jeden Sonnabend von 5 bis 6 Uhr abends Beitragszahlung im Gasthaus „Zum Vogel Nest“. — **Zever:** Abends 8 Uhr. — **Konstanz:** Abends 7½ Uhr im „Petershof“. — **Winden-Wüdeburg:** Bei Bollhorst. — **Mühlhausen i. Thür.:** Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Mühlhausen i. C., Bezirk Thann:** Abends 8 Uhr in der „Spanischen Weinhalle“. — **Raumburg:** Abends 8 Uhr im „Schwarzen Adler“. — **Neuhaldensleben:** Bei Herzog. — **Nürtingen:** Abends 6 Uhr „Zum Löwen“. — **Plauen i. V.:** Im „Schillergarten“. — **Quedlinburg:** Im „Vorwärts“. — **Nemscheid:** Abends 8½ Uhr bei Driesch, Bismarckstr. 13. — **Singen a. Hohentwiel:** Abends 8 Uhr in der „Germania“. — **Stäffurt:** Abends 8 Uhr im „Hamburger Hof“. — **Weißenfels:** In der „Zentralhalle“. — **Witten:** Abends 8½ Uhr bei Aug. Kaase, Oberstr. 17. — **Zittau:** Jeden Sonnabend von 5 Uhr abends ab Zahlabend im Volks- und Gewerkschaftshaus, Breitestraße.

Sonntag, den 14. Juni:

Ahrenshöck. — **Alsfiedt:** Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. — **Altenburg:** Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Engel“. — **Berga a. Rhön:** Nachm. 3 Uhr in der Herberge. — **Cammer:** Nachm. 2 Uhr beim Gastwirt Block. — **Cassel-Grumbach:** Nachm. 3 Uhr „Zur schönen Aussicht“. — **Clemm:** Zusammenkunft in Engels Restaurant in Oberlungwitz. — **Cremmen:** — **Cronsförde:** Vorm. 4 Uhr bei König. — **Einbeck-Wandersheim:** — **Ellrich:** — **Elvershausen:** Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Aug. Keune. — **Erlangen:** Nachm. 3 Uhr. — **Fallerleben:** Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Herm. Freese. — **Fraunhausen:** Nachm. 3 Uhr bei Bauersfeld. — **Fürth:** Nachm. 3 Uhr bei Zick, Wassergasse 13. — **Goldberg i. M.:** Nachm. 4 Uhr. — **Gumbinnen:** — **Hamm i. W.:** Vorm. 10½ Uhr bei Köhner, Königstr. 34. — **Hohendobeleben:** Abends 8 Uhr bei Sirtus. — **Landsht.** — **Laugen:** Im „Bämmchen“. — **Lehnu:** Nachm. 2 Uhr bei Laege, Hauptstr. 63. — **Mühlheim a. Rh., Bez. Wiesdorf:** Nachm. 4 Uhr bei Rudolf Krüner, „Schaffall“. — **Mühlheim a. d. Ruhr:** Vorm. 10 Uhr bei Hollenberg, Dickswall 10. — **Neudamm:** Nachm. 3½ Uhr im Hotel „Kaiserhof“. — **Neuenhagen (Ostbahn):** Nachm. 4 Uhr bei Wilmische. — **Nieder-Schönhausen:** Beitragsentgegennahme in Sietekorns Walschloßchen. — **Oberhausen:** Vorm. 11 Uhr bei Herrmanns, Grenzstraße. — **Olvenstedt:** Bei Albert Magdorf. — **Rosenheim:** Vorm. 10 Uhr im „Sterngarten“. — **Schlade:** Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt F. Göke. — **Schwelm:** Vorm. 11 Uhr bei Hugo Jacobs, Ostenstr. 21. — **Schwiebus:** Nachm. 4 Uhr bei Pratsch. — **Steinach i. S.-M.:** Bei Gottlieb Greiner. — **Waldrich:** Vorm. 9 Uhr im „Schützen“. — **Zweibrücken:** Abends 9 Uhr im „Goldenen Stern“.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Oranienburg.

Sonntag, den 7. Juni, nachm. 2 Uhr:
Mitgliederversammlung
bei F. Holder, Restaurant, Mühlenstraße.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht aller Kameraden. [M. 1] Der Vorstand.

Zahlstelle Neudamm.
Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 3½ Uhr:
Agitations-Versammlung.
Vortrag des Kameraden Knüpfers Berlin. — Von 2½ Uhr ab werden Beiträge entgegengenommen. [90 M.]
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Die Herberge der fremden Zimmerer in Westerland a. Sylt befindet sich in [M. 1,50]
Matz Petersens Gasthof.

Die fremden Zimmerer in Westerland a. Sylt.
Aug. Voss, Zimmerer aus Goslar a. S., wo bist Du? Sende Deine Adresse an Deine Eltern. [60 M.]

Unserem Kameraden **Johann Drescher** nebst Braut zur Hochzeitfeier [M. 1,50]
ein dreifach donnerndes Hoch!
Die Kameraden der Zahlstelle Helmbrechts i. Bayern.

Bedauere, während des Streiks 1907 gearbeitet zu haben, und verspreche, in Zukunft ein treuer Kamerad zu werden. [90 M.]
Markus Fölster, Kellinghusen.

Wilhelm Schwabe, fremder Zimmerer, wo steckst Du? Sende Deine Adresse an
Wilhelm Jürgens, fremder Zimmerer, Stuttgart-Cannstatt, Bachstr. 2. [M. 1,20]

Alfred Weisheit, Zimmerer, wo steckst Du? Sende Deine Adresse sofort an
H. Helmke, Zimmergeschäft, Ruhrort a. Rhein, Kanzerstraße 13. [M. 1,20]

Unserem Vorstehenden **Paul Neumann** nebst Braut zur Vermählung
ein dreifach donnerndes Hoch!
Die Zahlstelle Thorn. [M. 1,50]

Unserem Kameraden, dem fremden Zimmerer **Heinr. Müller** und seiner Braut in Gartenholm zu ihrer Hochzeit [M. 1,50]
ein dreifach donnerndes Hoch!
Die fremden Zimmerer in Neumünster.

Unserem Kameraden **Ernst Thiel** und seiner lieben Braut zu ihrer Hochzeit nachträglich
ein dreifach donnerndes Hoch!
Die fremden Zimmerer zu Jena.

Unserem Kameraden **Johann Deyda** zur Silberhochzeit
ein dreifach donnerndes Hoch!
Die Kameraden A. R., H. R., J. Z. Hamm i. W. [M. 1,50]

Unserem Kameraden **Heinrich Weidner** nebst Braut und **Otto Lippert** nebst Braut
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!
Die Kameraden der Zahlstelle Striegau. [M. 1,50]

Zimmerleute
finden Beschäftigung bei
W. Hoppe, Zimmermeister, Güten, Regierungsbezirk Magdeburg. [M. 1,80]

Mehrere tüchtige
Zimmerer
finden sofort dauernde Beschäftigung bei
Jos. Hesel, Plettenberg i. W. [M. 1,80]

Handwerkerlieder.
Da noch immer zahlreiche Bestellungen eingehen, mache nochmals darauf aufmerksam, daß die erste Auflage vergriffen ist. Jedenfalls wird eine Neuauflage baldigst erscheinen.
Cassel, Mai 1908.
[M. 2,40] **Georg Baumbach.**

Solidaritäts-Bleistifte und -Masstäbe
nur von **Jean Bloss, Stein-Mürnberg.**

Meine
neueste Preisliste
ist erschienen. Verlangen Sie diese gratis u. franko.
Louis Mosberg, Bielefeld,
44 Breitestr. 44.

Weltberühmte Arbeitergarderobe
LOUIS MOSBERG'S eigener Fabrikation
Arbeitsgarderoben für
Maurer, Zimmerer, Dachdecker usw.
sind mit der Wasserwaage.
Prima Isländer.
Nur echt mit der Wasserwaage. [Arbeitsgarderoben besser Fabrikate u. Angländer 1868 Hamburg Spezial-Atikel mit Wasserwaage. Eingetr. Schutzmarke.]
Eing. Schutzm.
Anerkennungsschreiben liegen vor.
Schnellster u. bester Versand.
Preisliste gratis und franko.
Louis Mosberg, Bielefeld,
Breitestr. 44, Papenmarkt-Ecke.
Spezial-Fabrik von Berufskleidung.

Neu! Soeben erschienen Neu!
Das Zimmerer-
von Gustav Handwerk
Blohm.
Für nur 2 Mark monatliche Teilzahlungen liefert die Firma **E. H. Friedr. Reisner, Leipzig,** sofort das vollständige Werk. Preis: 22 Mark. Mit Modellmappe.
Im „Zimmerer“ No 26
von der Redaktion
besprochen.
????????????

Bauschule zu Berlin
Neanderstr. 3, vorn, 3 Treppen.
Meister- und Polierkurse. Gediegenste und schnellste Ausbildung zum Meisterexamen
Abendkurse Tageskurse

Grösstes Spezialhaus Deutschlands
M. Mosberg's Arbeitergarderoben
mit der Schutzmarke sind unerreicht!
Nur erprobt gute Qualitäten! Preislisten gratis!
Beste und schnellste Bedienung! Stets neue Anerkennungen!
Um die allein echten, weltberühmten Original-Fabrikate von M. Mosberg zu erhalten, schreibe man stets:
Firma M. Mosberg, Bielefeld.

Sehr lehrreich für die Zimmerer.
Selbst den tüchtigsten Kollegen zu empfehlen sind die nach eigener vielfähriger Praxis deutlich erklärten und deshalb überall sehr anerkannten Werke:
Wolfs
Praktische Ausführung der Schiftung und Dachverbandhölzer
mit 406 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dächern, sowie 10 Kantholzmodellen und verschiedenen Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6,75.
Wolfs
Dachausmittlung und Dachkonstruktion
mit 341 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachmodellen. Taschenformat, geb. Preis M. 3,50.
Beide Werke „Groß- und Taschenformat“ zusammen M. 9,25.
Wolfs
Praktische Ausführung der Treppen
mit 300 Figuren, einschließlich der aufstellbaren Wangen- u. Kantholzmodelle einer gewundenen Treppe und einiger Wangentropfstücke, nebst verschiedenen Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6.
Wolfs Zimmererarbeitenlohn,
Handbuch zur Ermittlung der Arbeitspreise mit Arbeitszeit und den Lohnsätzen von 20, 25, 30 bis 60 M. pro Stunde. Taschenformat, geb. Preis M. 3.
Beide Werke: „Ausführung der Treppen“ und „Zimmererarbeitenlohn“ zus. Preis M. 8.

Wolfs Gartenlauben, Verandas
und Giebelverzierungen
mit 60 Garteneingängen, Einfahrten und Laubbogen nebst Säulen und Laubwänden. 55 offene und geschlossene Lauben sowie 86 Verandas, Kolonnaden und Giebelverzierungen. Außerdem verschiedene Profilierungen von Säulen, Kopfsäulen, Balken-, Nähn- und Sparrenköpfen; Trauf- und Giebelbehänge. Insgesamt 262 meist große und deutliche Figuren.
Großformat, geb. Preis M. 6,75.
Bestellungen nimmt **Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleußig, Defersstr. 18,** selbst entgegen.

Zimmerer Deutschlands! Isländer, prima, 2 Bänder, M. 6; Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50; garantiert echt schwarze Samthosen M. 10; prima Lederhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ Bänder) M. 4,80; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jacketts (ein- und zweireihig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireihig (Berlmutterknöpfe), à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21.
Neu! Garantiert echt schwarze Lederhosen, Dreidrahtgewebe, mit Ledertaschen, à Paar M. 6; Jacketts mit warmem Futter M. 11; Hose, Sorte II M. 5, Jackett M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen verfertigt bei Bestellungen von M. 10 an überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei!
Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4.
Verandhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.